



**Liebe Freunde vom Förderverein der Stadt Saaz,
geschätzte Besucher dieser Ausstellung,**

das blanke Grauen, die vielen Entbehrungen und existentiellen Grenzerfahrungen, die besonders das dunkle Jahrzehnt des europäischen Bürgerkriegs zwischen 1938 und 1948 für die damaligen Zeitgenossen mit sich brachte, sind für die Nachgeborenen kaum noch vorstellbar. Millionen von Menschen wurden damals gesellschaftlich an den Rand gedrängt, aufgrund ihrer Gesinnung, Religion oder ihres nationalen Bekenntnisses verfolgt, vertrieben oder kaltblütig ermordet. Es war eine Zeit, in der so mancher Politiker hohe Ziele hatte – die einen von schierem Wahnsinn und destruktiver Eroberungssucht getrieben, die anderen von einem gutgläubigen, aus heutiger Sicht reichlich naiv anmutenden Idealismus geleitet. Alle gingen Sie davon aus, dass es möglich sei, durch tiefgreifende Eingriffe in die langfristig und organisch gewachsene Bevölkerungsstruktur in den von ihnen beherrschten Gebieten für sich und die „ihren“ innert kurzer Zeit positive revolutionäre Veränderungen herbeizuführen.

Das Ergebnis dieses im Katastrophenjahrzehnt von 1938 bis 1948 leider praktisch allseits geteilten Irrglaubens, man könne durch das Verdrängen und physische Liquidieren ganzer Bevölkerungsgruppen eine bessere Welt erschaffen, war jedoch, dass es auf allen Seiten am Ende nur Verlierer gab. Vielleicht nicht nur, aber gewiss viel zu viele.

Diese Ausstellung versucht primär, anhand von ausgewählten Beispielen das Schicksal der in den ersten Nachkriegsmonaten des Jahres 1945 in Nordböhmen lebenden Einwohner zu illustrieren. Viele von ihnen wurden verfolgt – und längst nicht alle, weil sie in den Vorjahren tatsächliche Schuld auf sich geladen hatten, sondern die meisten wohl nur deshalb, weil ihre Muttersprache zufälligerweise das Deutsche war. Es ist wichtig, wenn die Ausstellung auf weiteren Tafeln auch zeigt, dass das in sprachlicher und religiöser Hinsicht pluralistische Zusammenleben auf dem Gebiet der böhmischen Länder in der jahrhundertelangen Vergangenheit längst nicht immer konfliktbeladen, sondern während der Mehrheit der Zeit eher symbiotisch und für alle Einwohner dieses wunderschönen Landes gewinnbringend war. Ebenso essentiell sind die Hinweise darauf, dass es nicht die

tschechoslowakische Staatsmacht war, die das Mittel der Zwangsmigration im grossen Stil als erste anwandte. Dies entschuldete vielleicht nichts, gehört aber dennoch in den Kontext.

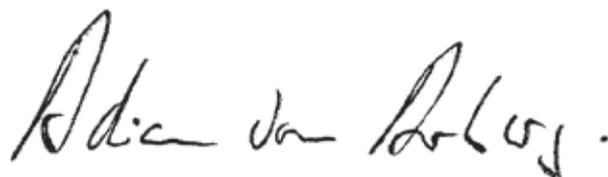
Kann eine Ausstellung, die Gewalttaten dokumentiert, zur Versöhnung beitragen? Ja, gerade sie kann es. Denn Versöhnung bedingt, dass die heiklen Seiten der gemeinsamen Vergangenheit besonders offen und schonungslos behandelt werden. Machen wir aber nicht den Fehler, der für die bisherige Nachkriegszeit allzu prägend war: Rechnen wir nicht Unrecht mit anderem Unrecht gegeneinander auf, zeigen wir nicht mit dem Finger nur auf die Fehler der anderen, fühlen wir nicht nur Schmerz und Empathie für uns selbst und die unsrigen.

Ich sage es deshalb nochmals: Jene Zeit, sie brachte viel zu viele Verlierer. Was wir brauchen, ist Empathie für alle. Für alle, welche von der damaligen Zeit dauerhaft verletzt wurden. Hören wir auf, uns als Angehörige von nationalen Lagern zu betrachten und uns im vermeintlich sicheren Schutz der von unzulässig retuschierten Bildern und vor intoleranter Ideologisierung nur so strotzenden Schützengräben zu verschanzen. Was wir brauchen, bitter sogar, ist ein gemeinsames Erinnern ohne Scheuklappen, eine Blickerweiterung, die uns auch den Wahrnehmungshorizont und das Schicksal der einstigen nationalen Kontrahenten sehen lässt.

Nur so – durch eine nähere Vertrautheit mit der komplexer als geglaubt erscheinenden Wirklichkeit, durch das Fallenlassen von allzu bequemen Stereotypen und das dadurch mit der Zeit ganz von selbst erwachsende Bewusstsein für gemeinsame Verluste und zueinander kompatiblen Interpretationen der Vergangenheit – nur so ist eine dauerhafte Versöhnung möglich.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Ausstellung viele geneigte Besucher!

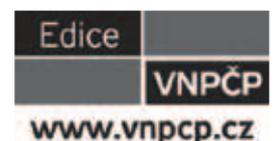
Herzlich Ihr



Adrian von Arburg, Ph.D.

Masaryk-Universität Brunn

Herausgeber der seit 2010 in Tschechien erscheinenden Dokumentation
„Die Zwangsaussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen
Grenzgebiets 1945–1951. Dokumente aus tschechischen Archiven“
(zusammen mit Tomáš Staněk).



Vorwort

Die Ausstellung „Die Wilde Vertreibung der Deutschen aus Nordböhmen“ wendet sich nicht nur gegen das Vergessen. Sie folgt vielmehr den Forderungen namhafter Historiker in Tschechien nach einer „Versachlichung der Debatten“ durch Rückbesinnung auf die Originalquellen und „Komplettierung der bisher vor allem in den deutschsprachigen Ländern allzu einseitig auf individuellen Erinnerungsberichten basierenden Geschichtsbilder durch die längst überfällige Konfrontation mit den amtlichen Quellen tschechoslowakischer Provenienz“. Sodann nach „Erweiterung und Ent-Nationalisierung der historischen Reflexion durch Überwindung der immer noch virulenten Verengung der Thematik auf besonders spektakuläre Gewaltakte“; nach Darstellung der Nachkriegsereignisse „als integrales System komplexer zwischenmenschlicher Beziehungen und kausaler Zusammenhänge, die nur in ihrer Gesamtheit richtig verstanden werden können“; nach „Überwindung von veralteten mono-nationalen und bilateralen Sichtweisen“; und schließlich nach „Sensibilisierung für die Tatsache, dass das Thema über das traditionelle Narrativ der deutsch-tschechischen Beziehungen hinausreicht und das Schicksal von zahlreichen Angehörigen auch anderer Identitätengruppen [Nationalitäten] einschließt“



(Adrian von Arburg/Tomáš Staněk (Hg.), Dokumente aus tschechischen Archiven, Band II./ 1: Die Aussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen Grenzgebiets 1945–1951. Prag 2011, Projektbewerbung)

Unsere Ausstellung ist die Fortentwicklung einer Ausstellung, die 2006–2009 in der Tschechischen Republik gezeigt wurde: *Oběti komunistické moci v severočeském pohraničí v letech 1945–1946 – Byla to spravedlivá odplata, pomsta, nebo zločin proti lidskosti?* Expozici dokumentů připravila Federace nezávislých spisovatelů Praha („Opfer der kommunistischen Macht in Nordböhmen 1945–1946 – War er gerechte Vergeltung, Rache oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit? Ausstellung der Föderation der unabhängigen Schriftsteller Prag“), die in Zusammenarbeit mit dem „Förderverein der Stadt Saaz/ Žatec“ konzipiert wurde. Sie thematisierte an Hand neuester wissenschaftlicher Forschungen die hervorgehobene Rolle der kommunistischen Partei bei der Vertreibung der Deutschen und der politischen Neuordnung der Grenzgebiete.

Die heutige Ausstellung stellt die Ereignisse von Sommer 1945 in den breiteren Kontext einer historischen Konfliktgemeinschaft von Deutschen und Tschechen (dazu: Jan Křen, „Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918“, München 1996). Sie belegt mit Originaldokumenten aus tschechischen Archiven im Vergleich mit Aussagen von Zeitzeugen, dass die sogenannte „Wilde Vertreibung“ von tschechischem Militär und kommunistischen Kadern geplant und durchgeführt wurde. Die Gegenüberstellung versifiziert die Zeugnisse der deutschböhmisches Flüchtlinge hinsichtlich der Verbrechen und Gräueltaten in dieser Zeit. Die Ausstellung kann den Komplex der Vertreibung nur schlaglichtartig beleuchten, keineswegs vollständig dokumentieren. Sie kann auch nicht die politischen Hintergründe und Verantwortungen in allen Verästelungen darstellen. Sie dokumentiert vielmehr ausschnittsweise Taten und Motive und läßt dabei Täter und Opfer zu Wort kommen.

Nur das Militär und die von ihm organisierten und gelenkten Hilfseinheiten, die „Revolutionsgarden“, waren in der Lage, diese blutigen „Säuberung“ durchzuführen. Es war dies die sogenannte „Svoboda-Armee“, die sich in der Sowjetunion unter direkter Befehlsgewalt der Sowjetarmee und in politischer Abhängigkeit von KPdSU und KPČ formiert hatte. Eine besondere Rolle spielte dabei der militärische Nachrichtendienst OBZ, der im russischen Buzuluk gegründet und dessen Mitglieder dort politisch geschult worden waren. Diese militärische Spezialeinheit war nicht in die reguläre Befehlsstruktur eingebunden, sondern der Führung des russischen NKWD-Generals Mechlis und der KPČ-Spitze unterstellt. Das Verteidigungsministerium sowie Innen- und Informationsministerium waren 1945 schon in der Hand der Kommunisten. Leider fehlen der Ausstellung noch ergänzende Dokumente aus russischen Archiven.

Zum rechten Verständnis des Themas dieser Ausstellung sind gehört aber auch das Wissen über die vorausgegangenen Verbrechen der deutschen und deutschböhmisches Nationalsozialisten – die Ermordung der Juden, die Massaker von Lidice, Ležáky und Malín, die zahllosen Verhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Heydrich und danach. Die nächtlichen Verhaftungen, Hinrichtungen oder Verschleppungen in Arbeitslager wurden in aller Heimlichkeit durchgeführt. Sie sollten kein Aufsehen erregen, weil die tschechischen Arbeiter für die deutsche Rüstungsindustrie von großer Bedeutung waren. Opfer dieser Aktionen war die Intelligenz, Studenten und Mittelstand, denn diese Menschen waren für die Kriegswirtschaft entbehrlich und politisch grundsätzlich verdächtig. So erschien das Protektorat nach außen hin als Oase inmitten des Krieges und nicht als besetztes Land.

Dieses System wurde nach dem Krieg von der „Nationalfront“-Regierung unter Einfluss der Kommunisten skrupellos übernommen. Die ethnischen Säuberungen, von denen auch die Ungarn und andere Nationalitäten auf dem Boden der Tschechoslowakei betroffen waren, erscheint so als eine Generalprobe auf das, was die Republik in den fünfziger Jahren erwartete, nachdem die Kommunisten unumschränkt an der Macht waren. Die Abrechnung mit den „Klassenfeinden“, nämlich der westlich orientierten Opposition, und der Versuch, anstelle der alten bürgerlichen Elite eine „proletarischen Intelligenz“ zu schaffen, waren die ersten Schritte. Die Neubesiedelung der „gesäuberten“ Grenzgebiete, insbesondere Nordböhmens, bot dabei ein besonderes Versuchsfeld für gesellschaftliche Experimente – ein Laboratorium für die neue „soziale Ingenieurwissenschaft“ nach sowjetischem Muster.

Was diese Ausstellung nicht abschließend beantworten kann, ist: Warum kam es zur Wilden Vertreibung und der damit verbundenen schrecklichen Gewalt? Die Ausstellungstafeln geben dazu nur Hinweise. Der geschichtliche Überblick lehrt uns, daß dies nicht die erste Vertreibung im böhmisch-mährischen Raum ist. Das fast tausendjährige Zusammenleben von Tschechen und Deutschen wurde zuvor schon zweimal durch Vertreibungen unterbrochen, die sich jedoch nicht entlang nationaler, sondern religiöser Grenzen vollzogen. Deutsche und Tschechen waren davon gleichermaßen betroffen. Sie waren gleichwohl wie im 20. Jahrhundert verursacht von großen politischen Erschütterungen und begleitet von einer Veränderung der Machtverhältnisse und der Umverteilung wirtschaftlicher Güter, von der die Zurückgebliebenen und Neueinwanderer profitierten.

Was zuvor der Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten bewirkte, wurde im 19. Und 20. Jahrhundert vom Nationalismus ausgelöst. Völker und Volksgruppen nahmen sich als Wertegemeinschaften wahr, die nicht zusammenpassen, ja sogar in einer quasi-religiösen Wertehierarchie stehen. Deshalb wollten sie nicht mehr zusammenleben oder, wenn Zusammenleben aufgrund der Völkervermischung unausweichlich war, die jeweils anderen beherrschen. Dies führte zu einer Katastrophe, als eine fürchterliche Diktatur in Deutschland umsetzte, was bisher nur in nationalistischen und rassistischen Phantasien spukte. 1945 ernteten ihre Anhänger, was sie gesät hatten. Traurigerweise nicht nur sie. Doch individuelle Gerechtigkeit ist keine Kategorie der Geschichte. Selbst die sudetendeutschen Kommunisten, die sich begeistert an der „Revolution“ gegen die reichsdeutschen Okkupanten beteiligt hatten, wurden am Ende Opfer des tschechischen Nationalismus.

Die Motive der Regierungshandelnden in Prag – und das waren neben den Tschechen auch die Sowjets – für die „Abschiebung“ (odsun) sind weitgehend erforscht. Nach dem Anschluss des Sudetenlands an das Deutsche Reich und der Okkupation der Rest-Tschechei erschienen die Deutschböhmern als nationaler Feind, dessen man sich entledigen müsse. Die Zustimmung der Alliierten zur Aussiedlung der Deutschen nach dem Krieg wurde früh gesucht und schließlich erreicht. Die Sowjetunion als Befreier der Tschechoslowakei hatte überdies ein Interesse daran, diese als Verbündete zu erhalten, indem sie deren politische Ziele unterstützte.

Die Frage bleibt nach der „Wilde Vertreibung“ mit ihren Verbrechen, die nachweislich nicht spontan und unorganisiert geschah, sondern von der militärischen Führung und den kommunistisch geführten Ministerien für Inneres und Verteidigung gelenkt, wenn auch vielleicht nicht auf allen Ebenen kontrolliert wurde. Leider fehlen dazu überzeugende Dokumente. Militärführung und Geheimdienst argumentieren immer wieder mit der prekären Sicherheitslage im Grenzgebiet, doch dafür gibt es – abgesehen von Einzelfällen panischer Reaktion – keinerlei Belege, im Gegenteil: Tschechische Zeugen bestätigen, daß die Deutschen „lammfromm“ gewesen seien. Allerdings kann man den Äußerungen der militärischen und politischen Akteure entnehmen, daß sie den Terror gegenüber Deutschen als politisch und moralisch gerechtfertigt ansahen. Naheliegend ist, daß bis zur endgültigen Entscheidung über die Aussiedlung auf der Potsdamer Konferenz möglichst vollendete Tatsachen geschaffen werden sollten – durch Tötung, Vertreibung oder Flucht. Danach hörte der Terror weitgehend auf. Als zusätzliches Motiv muss in Rechnung gezogen werden, dass quasi vor der Tür die Neusiedler warten, die als kommunistische Klientel dazu bestimmt waren, Nordböhmen zur Hochburg der KPČ zu machen. Doch die Wolhyniendeutschen warten vorsichtig ab, wie sich die Dinge entwickeln würden.

Um zu verhindern, daß die Geschichte in unseren Köpfen uns die Köpfe verdreht, ist es gut, sich immer wieder mit den dokumentarischen Fakten zu beschäftigen. Diese Ausstellung ist ein Versuch dazu.

Frankfurt am Main, den 2. März 2012

Otokar Löbl
Vorsitzender des Fördervereins der Stadt Saaz/ Žatec e. V.
Kurator der Ausstellung

900 Jahre Deutsche in Böhmen und Mähren

Böhmen und Mähren (die heutige Tschechische Republik) ist seit alters eine Landschaft, in der sich die Völker begegneten. In der Spätantike siedelten hier Kelten und Germanen, im Frühmittelalter rückten Slawen in das von germanischen Stämmen verlassene Gebiet ein. Die ältesten Nachrichten erzählen von awarischer Herrschaft über die westslawischen Kleinstämme im böhmischen Becken. Die Versuche einer fürstlichen Herrschaftsbildung führten im 9. Jahrhundert mit der Gründung des přemyslidischen Herzogtums zum Erfolg. Doch mit dem Sieg Karls des Großen über das Awarereich Ende des 8. Jahrhunderts war Böhmen in die Abhängigkeit der deutschfränkischen Nachbarn geraten. 1002 wurde Böhmen ein Lehen des Deutschen Reichs und dies nicht als Ergebnis gewaltsamer Eroberung, sondern auf Wunsch des böhmischen Herzogs. 1198 bekam Herzog Ottokar I. vom Kaiser die erbliche Königskrone verliehen. Damit wurde er zum ranghöchsten Lehensnehmer im Reich.



Der Herzog von Böhmen, Darstellung auf der Domtür Gnesen (Bronzerelief, zwischen 1160 und 1180)



Kaiser Heinrich II. 1002-1013 (Sakramentar Heinrichs II., fol. 11v). Unter ihm wurde Böhmen ein Lehen des Deutschen Reichs.

Bereits im 11. Jahrhundert siedelten und handelten Deutsche in Böhmen, doch in größerem Umfang zog es sie erst seit der Mitte des 12. Jahrhunderts nach Osten. Dies war Teil des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs und einer agrarischen Erschließung Europas, der Niederländer nach Deutschland und Deutsche nach Ostmitteleuropa brachte. Die wachsende Bevölkerung drängte aus ihrer alten Heimat, überzählige Söhne suchten Land und handwerklichen Erwerb in Gebieten, die weniger dicht besiedelt waren. Die Grundherren dort warben mit Freiheitsrechten auf Rodungsland Neusiedler aus dem Westen an, um ihre Steuereinnahmen zu erhöhen. Dies führte langfristig zu einer Modernisierung, denn die Einwanderer brachten ihre modernen Agrartechniken mit, z. B. die Dreifelderwirtschaft und neue Siedlungsformen. Die Siedlungsgründung erfolgte nach deutschem Recht.

Das Neben- und Miteinander von Tschechen und Deutschen führte zu produktiven kulturellen Wechselwirkungen, aber auch zu Konflikten. Schon der erste Böhmenchronist Cosmas berichtete zu Anfang des 12. Jahrhunderts nicht ohne Genugtuung von der Vertreibung aller Deutschen aus dem Herzogtum, die sich zwei Generationen zuvor ereignet haben soll. Auch die tschechische Reimchronik „Dalimil“ enthält deutschfeindliche Äußerungen. Das 1334 begründete Raudnitzer Augustinerchorherrenstift nahm nur Söhne von beiderseits tschechisch sprechenden Eltern auf. Zwei Generationen später unterschied man im Lateinischen zwischen „Böhmen“ und „wahren Böhmen“, womit mit letzteren die Tschechen gemeint waren. Der weltläufige Kaiser Karl IV., der in Prag residierte und zur „Krone Böhmens“ (Corona Bohemiae) außer Böhmen, Mähren und Schlesien auch die Lausitz, Brandenburg und Gebiete in der Oberpfalz vereint hatte, bemühte sich um einen Ausgleich der beiden Sprachgemeinschaften und empfahl seinen deutschen Beamten das Erlernen des Tschechischen.

Fremdenfeindliche Ausschreitungen gab es indes überall in Europa, etwa in London gegen die starke holländische Handelsgemeinde. Sie lassen leicht übersehen, dass das Zusammenleben der Nationalitäten die meiste Zeit friedlich und fruchtbringend war. Sprachunterschiede erschwerten die Kommunikation, fielen aber weniger ins Gewicht als ständische, soziale, politische und religiöse Unterschiede. Das zeigte sich im Hussitenaufstand, der zwar von tschechischen Unterschichten getragen und später als national-tschechische Revolution gedeutet wurde, tatsächlich aber Zulauf auch unter den Deutschen fand.



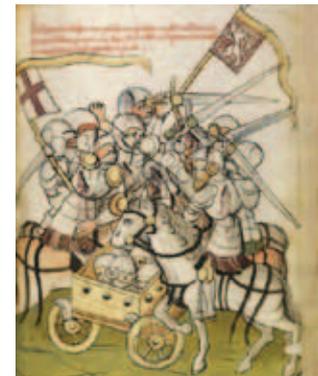
Gründung eines Rodungsdorfes (Sachsenspiegel, Heidelberger Handschrift, fol. 26v). Während die Kolonisten Baumstämme ausgraben und ein Haus errichten, erhält der Bauernmeister vom Grundherrn die Urkunde über die Verleihung des Erbrechts.

Hussitische Flugblätter wurden schnell ins Deutsche übersetzt. Auch in Deutschland selbst fand der Hussitismus Anhänger. Hundert Jahre später forderte Martin Luther den „christlichen Adel deutscher Nation“ auf, sich der „Sache der Böhmen“ anzunehmen – gemeint war die hussitische Lehre vom Kelch. Der Adel beider Nationen verständigte sich ohnehin auf Latein und sortierte sich nicht nach Nationen.

Wie jeder Krieg brachten auch die hussitischen Aufstände Tod, Verwüstung und Vertreibung. Das galt freilich für Tschechen und Deutsche gleichermaßen. Zu leiden hatte, wer katholisch bleiben wollte, doppelt leiden musste, wer

dazu auch noch der Oberschicht angehörte. Ein Teil des alten deutschen Adels wurde vertrieben, ebenso reiche deutsche Bürger und Landbesitzer, sofern sie antihussitisch waren. Viele Klöster wurden gebrandschatzt, darunter auch deutsche. Auch in deutsch geführten Städten übernahmen tschechische Hussiten vielfach das Regiment. Die Hussiten überstanden fünf katholische „Kreuzzüge“ siegreich, bis sich die radikalen Taboriten 1434 militärisch geschlagen geben mussten. In der Folge kam es zu Kompromissen, die den „Ketzern“ mehr oder minder Religionsfreiheit zugestanden. Der Reichstag von 1512 gewährte den Hussiten sogar die gleichen Rechte wie den Katholiken.

Im Zuge der hussitischen Unruhen waren viele Katholiken, deutsche wie tschechische, vertrieben worden, doch nachdem sich die Verhältnisse beruhigt hatten, wanderten in die Städte wieder deutsche Handwerker zu. Unter den städtischen Neubürgern waren viele Juden, vor allem Gold- und Waffenschmiede, Geldverleiher und Wechsler, Juristen und Ärzte. Die Juden in den Städten bekamen dabei weitgehend die gleichen Rechte wie Christen. Die Grundherren warben wieder um deutsche Siedler, besonders in den gebirgigen Randgebieten. Seit der Reformation in Deutschland kamen vor allem Protestanten, die sich dem Hussitismus verbunden fühlten.



1428 Gefecht bei Kratzau (Chrastava): ein Aufgebot aus der böhmischen Oberlausitz besiegt einen hussitischen Haufen.

Im 16. Jahrhundert starben viele alte tschechische Adelsfamilien aus. Es gab kaiserliche Neubelehnungen für Familien aus ganz Europa, darunter auch viele deutsche. Alle bedurften aber der Zustimmung der mehrheitlich tschechischen Standesgenossen in Böhmen. Bedingung war, dass die Zuwanderer tschechisch lernten, um an den Beratungen der Landtage teilnehmen zu können. Die deutschen Adelsfamilien integrierten sich dabei schnell, ein nicht unbeträchtlicher Teil unterstützte später die Rebellion des böhmischen Adels gegen König Ferdinand II. (1618). Unterdessen erlebte das Tschechische, wie alle Volkssprachen in Europa, im 16. Jahrhundert eine kulturelle Blüte. Was den Deutschen die Luther-Bibel war, wurde für die Böhmen die 1579-1588 veröffentlichte Kralitzer Bibel. Tschechischsprachige Werke in allen Sparten der Wissenschaft und Unterhaltung, dazu politische und religiöse Schriften entstanden und wurden durch den Buchdruck schnell verbreitet. 1513 erschien ein lateinisch-tschechisch-deutsches Wörterbuch, 1540 ein Sprachführer, „wie ein Behem (Böhme) Deutsch, desgleichen ein Deutscher behemisch (böhmisch) lernen sollt“. Die Kultur der Stadtbevölkerung und des Adels war in der Tat mehrsprachig.

Durch die Reformation in Deutschland erweiterte sich der Religionskonflikt von den Böhmischem Ländern auf das ganze Reich und führte schließlich in den Dreißigjährigen Krieg. Die Niederlage im Schmalkaldener Krieg 1546-47 endete für die rebellierenden böhmischen Städte, darunter viele deutsch geprägte wie Saaz, Laun, Kaaden, Klattau und Leitmeritz, mit dem Verlust ihrer Privilegien.



Hinrichtung der Anführer der Protestanten nach der Schlacht am Weißen Berg auf dem Altstädter Ring in Prag, darunter zehn Deutschböhmen (zeitgenössisches Flugblatt), unter ihnen der Anführer des Aufstands, Joachim Andreas von Schlick, Graf von Passau und Weißkirchen.

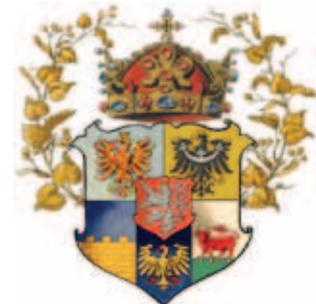
Die Niederlage der protestantischen Partei unter Friedrich V. von der Pfalz in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag (1620) gegen die Kaiserlichen führte nicht nur zur Aufhebung der Religionsprivilegien, sondern zu weitgehenden Konfiskationen und zur Verbannung des aufständischen böhmischen Adels – und keineswegs nur des tschechischsprachigen. Unter den 27 hingerichteten Auführern (1621) waren zehn Deutsche, während die Opfer des Prager Fenstersturzes von 1618 Tschechen gewesen waren. An die dreißigtausend Familien sollen damals Böhmen verlassen haben, zwei Drittel

des Grundbesitzes kam in neue Hände. Weder die Exilierung noch die Neueinbürgerung von Adeligen und Handwerkern folgte nationalen Kategorien. Die Schlacht am Weißen Berg ist deshalb zu unrecht als nationaltschechische Niederlage gedeutet worden. Sie war eine Katastrophe für das protestantische Böhmen beider Sprachen.

Die Böhmisches Länder gehörten vor 1618 zu den dichtest besiedelten Gebieten Europas. Nach dem „Großen Krieg“ hatten sie mehr als ein Drittel ihrer Einwohner verloren, ein Drittel aller Höfe lag wüst. Es dauerte über ein Jahrhundert, bis der alte Besiedlungsstand wieder erreicht war. Waren es nach den Hussitenkriegen Protestanten gewesen, die in dem entvölkerten Land eine neue Heimat fanden, so kamen jetzt hauptsächlich Katholiken, oft Flüchtlinge aus protestantischen Fürstentümern, denn bis zum Toleranzpatent von 1781 bekamen in Böhmen nur Katholiken Bürgerrecht und Ämter.

Die neue Siedelwelle breitete sich von Deutschland aus vornehmlich an der böhmischen Nordgrenze aus. Die Siedler aus Sachsen verschmolzen aber in der Folgezeit nicht mit den anderen Deutschböhmen zu einer einheitlichen Sprach- und Kulturgruppe, sondern blieben weitgehend isoliert. Um 1700 machte der Anteil der Deutschsprachigen in Böhmen und Mähren schon über ein Fünftel aus. Bis zum 1. Weltkrieg stieg er auf fast ein Drittel an.

Die böhmische Großmachtspolitik brachte es mit sich, dass die Tschechen zeitweise – so unter Kaiser Karl IV. – in ihrem Königreich eine Minderheit bildeten. Trotzdem konnte sich Tschechisch als europäische Kultursprache gut behaupten. Während des 16. Jahrhunderts diente es sogar als Verkehrssprache (lingua franca) in Ostmitteleuropa. Im Laufe der nächsten drei Jahrhunderte verlor es jedoch an Bedeutung. Das hatte keine nationalistischen, sondern rationalistische Gründe. Das zentralistische Staatsverständnis der Habsburger verlangte nach einer reichsweiten Verwaltungssprache, und das konnte nur die Mehrheitsprache Deutsch sein. Deutschkenntnisse wurden zur Voraussetzung für höhere Bildung und sozialen Aufstieg. Seit 1774 unterrichtete man in den böhmischen Lateinschulen auch Deutsch. Die Juden, die oft nur Jiddisch beherrschten, mussten ihre Geschäftsbücher in Hochdeutsch führen. Die ständische Verwaltung, bisher ein Hort der tschechischen Sprache, wurde zunehmend mit königlichen Beamten durchsetzt, die meist deutschsprachig waren. Der tschechische Graf Kinsky warb für Deutsch auch als Literatursprache. Gleichwohl forderte Kaiserin Maria-Theresia den deutschen Adel auf, seine Kinder „das Böhmische“ erlernen zu lassen. 1775 wurde in Wien ein Lehrstuhl für tschechische Sprache und Literatur eingerichtet.



Länder der Krone Böhmens im Wappen (H. Ströhl, Wappenrolle Österreich-Ungarns), von links oben nach rechts unten: Mähren, Schlesiens, Oberlausitz, Oberschlesien, Niederlausitz, im Hertschild Böhmen.

Im 19. Jahrhundert mehrten sich jedoch die Stimmen in Böhmen, die sich gegen eine „Germanisierung“ aussprachen. Man erinnerte sich nicht nur der großen tschechischen Literatur, sondern auch an eine Geschichte, in der die Deutschen vor allem als Feinde der Tschechen vorkamen.

Dabei wurde auch der Hussitismus, der bis vor kurzem noch staatlich verfolgt wurde, in romantischer Weise verklärt und nachträglich zur nationalen Sache stilisiert. Die meisten dieser frühen Nationalisten kamen aus mittelständischen Familien, es waren aber auch deutsche Intellektuelle aus „besseren“ Familien darunter. Besonders Eifrige stammten aus germanisierten Familien mit eingedeutschem Namen. Dabei widersprach sich ein böhmischer Patriotismus nicht unbedingt mit einem österreichisch-habsburgischen. Auf deutschböhmischer Seite entwickelte sich gegen Ende des Jahrhunderts ein militanter, mit Antisemitismus verbundener Nationalismus, der nichts Gutes verhiess. Er war freilich, wie in Deutschösterreich und im Deutschen Reich, noch in der Minderheit. In dieser Zeit kam auch der Begriff „sudetendeutsch“ als Sammelbegriff für alle Deutschsprachigen in Böhmen auf, ungeachtet ihrer teilweise sehr unterschiedlichen Dialekte und kulturellen Traditionen.

Mit dem Ende des zweiten „Großen Krieges“, dem ersten Weltkrieg, kehrte sich das Verhältnis der Volksgruppen im ehemaligen Königreich Böhmen um. Die Deutschsprachigen, bisher Teil des deutschösterreichischen „Herrenvolks“, wurden 1918 zur Minderheit und Opfer einer nicht immer gutwilligen Minderheitenpolitik in Prag. Aus hochgemutem Patriotismus war auf beiden Seiten ein kleinherziger Nationalismus geworden. Immer wieder hatten deutsche Herrscher ihren deutschen Untertanen in Böhmen geraten, die Sprache ihrer tschechischen Mitbürger zu lernen. Doch die Deutschböhmern hatten dies aus Bequemlichkeit oder Hochmut unter der Habsburgerherrschaft versäumt. Kulturell und politisch war es sehr wohl zur Anpassung und gegenseitigen Befruchtung gekommen, aber die Sprachbarriere verhinderte in Zeiten der Nationalstaatlichkeit ein Miteinander, wie es die Schweiz entwickelt hatte.



Postkarte vom Dezember 1938

Die zwanzig Jahre bis 1938 waren dann auch zu kurz dafür. Die tschechisch-slowakische Mehrheit forderte eine Anpassung, die die Deutschen so schnell nicht leisten konnten oder wollten. Vielmehr sahen sie sich plötzlich Ungerechtigkeiten ausgesetzt, wie sie die Tschechen im Habsburgerreich lange ertragen hatten. Sie begannen sich zum „Reich“ hin zu orientieren – nicht zum verlorenen Habsburgerreich, sondern zu einem „Großdeutschland“, das ihnen eigentlich politisch und kulturell fremd war. Dass dort 1933 ein „starker Mann“ auftrat und sich zum Retter der „Sudetendeutschen“ aufspielte, wurde ihnen zum Verhängnis. Es führte zur fast vollständigen Vertreibung der Deutschböhmern und beendete das neunhundertjährige Zusammenleben von Deutschen und Tschechen auf schreckliche Weise.

Dr.Phil. Andreas Kalckhoff, Pressesprecher des Fördervereins Saaz/Žatec e. V.



Saaz/Žatec im Mittelalter, Holzstich

Der Weg nach München

Am 28. Oktober 1918, nach dem Untergang der Habsburg-Monarchie, wurde in Prag von Vertretern der vier tschechischen Parteien der tschechoslowakische Staat ausgerufen. Der kaiserliche Statthalter nahm dies widerspruchslos zur Kenntnis; er überließ die Amtsgeschäfte seinem tschechischen Stellvertreter. Am 29. Oktober 1918 riefen die Abgeordneten der deutschsprachigen Wahlkreise Böhmens, Nordmährens und Österreichisch-Schlesiens die „Provinz Deutschböhmen“ aus und teilten der Wiener Nationalversammlung und dem US-Präsidenten Wilson mit, dass die Provinz ein Teil Deutsch-Österreichs werden wollte. Mit dem Vertrag von Saint-Germain kamen Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien jedoch an die neu gegründete Tschechoslowakei. Der Wunsch nach einem Selbstbestimmungsrecht der deutschsprachigen Bevölkerung fand keine Berücksichtigung. Der Vertrag trat am 16. Juli 1920 förmlich in Kraft und bestätigte die Auflösung Österreich-Ungarns auch völkerrechtlich.

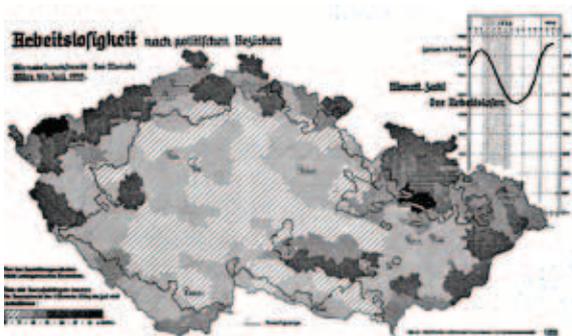


1938 Zerschlagung der Tschechoslowakei. Das Ergebnis des Münchner Abkommens 1938 (Privatarchiv von W. Curlin)

Der Wunsch nach einem Selbstbestimmungsrecht der deutschsprachigen Bevölkerung fand keine Berücksichtigung. Der Vertrag trat am 16. Juli 1920 förmlich in Kraft und bestätigte die Auflösung Österreich-Ungarns auch völkerrechtlich.

In den Friedensverhandlungen hatte der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš behauptet, dass kein geschlossenes Siedlungsgebiet von Deutschen auf dem Gebiet des neuen tschechoslowakischen Staates existiere, und er hatte dabei die Zahl der Deutschsprachigen – laut Volkszählung von 1910 etwa 3,5 Mio. gegenüber 6,3 Mio. Tschechen und Slowaken – bewusst niedriger angegeben. Er hatte versprochen, dass den Deutschen die vollen bürgerlichen und nationalen Rechte eingeräumt würden und dass das Deutsche die zweite gleichberechtigte Landessprache werden sollte – nach dem „Schweizer Modell“. Nach der Unterschrift des Friedensvertrages mit Österreich in Saint-Germain am 10. September 1919 blieb von diesen Versprechungen nichts übrig. Vielmehr wurde der neue Staat nach französischem Vorbild als zentralistischer Staat der „tschechoslowakischen Nation“ gegründet.

Der Widerstand der Deutschböhmen, die im März 1919 an den Wahlen zur Nationalversammlung Deutsch-Österreichs teilnehmen wollten, wurde noch vor Ende 1918 durch die militärische Besetzung ihrer Gebiete gebrochen. Unterdessen wurde die Verfassung ohne Mitwirkung der Deutschböhmen – wie auch ohne die anderen Minderheiten – ausgearbeitet und am 6. März 1920 in Kraft gesetzt. Obwohl die Gesetzgebung der Tschechoslowakei keine nationale oder ethnische Diskriminierung beinhaltete, traten in der Praxis, u. a. im Bereich der Wirtschaft oder des Schulwesens, Entwicklungen ein, die auf eine faktische Diskriminierung der deutschen



Eduar Winkler, Böhmen und Mähren im Spiegel der Statistik, Karlsbad 1937

Bevölkerung hinausliefen.

Während der Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren war die Arbeitslosigkeit in deutschen Siedlungsgebieten gegenüber dem tschechischen Kernland überdurchschnittlich hoch. Die sozialen Spannungen kulminierten in einem Volkstumskampf. Die Währungs-, Wirtschafts- und Handelspolitik der Tschechoslowakei begünstigte planmäßig die tschechischen Gebiete und behandelte die deutschen Bezirke stellenweise fast wie ein Kolonialgebiet.

Aus ihnen wurde herausgeholt, was mit Steuern möglich war, investiert wurde aber vor allem dort im deutschen Siedlungsgebiet, wo sich tschechische Unternehmen mit tschechischen Angestellten und Arbeitern niederließen. Diese Politik gipfelte im Erlass des tschechischen Verteidigungsministers Machnik, dass bei Rüstungsaufträgen nur Firmen mit überwiegend tschechischer Belegschaft bedacht werden durften.



Kundgebung der Sudetendeutschen Partei in Podersam am 1. Mai 1937 (Privatarchiv J. Hasenöhrtl)

Es war deshalb kein Wunder, daß die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland auch bei den Deutschen in Böhmen, Mähren und Böhmischeschlesien ein starkes Echo fand. Bereits seit 1919 gab es hier eine „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP), deren ideologischer Kopf Rudolf Jung auch für die Bruderpartei im Deutschen Reich erhebliche Bedeutung hatte. Die beiden Nazi-Parteien pflegten eine enge Kooperation. Anfang der dreißiger Jahre bekannte sich die DNSAP offen zur NSDAP. Als daraufhin 1933 ein Verbot durch die tschechoslowakische Regierung drohte, löste sie sich selbst auf. Wenige Tage später gründete sich unter Konrad Henlein die „Sudetendeutsche Heimatfront“, später in „Sudetendeutsche Partei“ (SdP) umbenannt, in der die meisten DNSAP-Mitglieder eine neue Heimat fanden. Sie beanspruchte, als nationale Partei alle Deutschen in den böhmischen Ländern zu vertreten.

Entsprechend Hitlers zynischer Forderung, von den Tschechen immer so viel zu fordern, „daß wir nicht zufriedengestellt werden können“, forderte die SdP weitgehende Autonomie und setzte auf kompromisslose Konfrontation gegenüber dem tschechoslowakischen Staat. Tatsächlich wurde sie in Kürze zu einem der wichtigsten Machtfaktoren im Lande. Dazu trugen nicht zuletzt die finanzielle Unterstützung aus dem „Reich“ in Millionenhöhe bei, ebenso ab 1937 die Propaganda-Sendungen über angebliche Gräueltaten der Tschechen an Deutschen und schließlich die Aufstellung und Bewaffnung des „Sudetendeutschen Freikorps“, das Überfälle auf tschechische Grenzstationen unternahm. Bei den Gemeindewahlen im Mai und Juni 1938 erhielt die Henlein-Partei in freier Wahl zwischen 80 und 90 % aller deutschen Stimmen.



Zwei Wochen vor dem Abkommen von München macht Hitler Druck auf die Tschechoslowakei und die Westmächte: Der „Völkische Parteizeitung der NSDAP, vom 13. September 1938, Münchener Ausgabe.



Chamberlain, Daladier, Hitler, Mussolini, und der italienische Außenminister Graf Galeazzo Ciano (Bundesarchiv)

Die Radikalisierung des deutschen „Volkstumskampfes“ und Hitlers offene und verdeckte Drohgebärden gegenüber der Tschechoslowakei führten schließlich zur internationalen „Sudetenkrise“. Nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich im März 1938 bemühten sich Frankreich, Großbritannien und Italien um Vermittlung. Dies führte im September zum „Münchener Abkommen“, das die Abtretung der Sudetengebiete an Deutschland gegen eine Garantie für die Rest-Tschechoslowakei vorsah – die freilich wenige Monate später schon Makulatur war. Dieses Abkommen, ohne Mitwirkung und gegen den Willen der Regierung in Prag geschlossen, hinterließ tiefe Narben in der tschechischen Seele, die teilweise bis heute schmerzhaft nachwirken.

Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland



Einzug der Wehrmacht in Oktober 1938 in Saaz (Bundesarchiv)

Der ‚Anschluss‘ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 bedeutete auch für das Sudetenland eine Zäsur. Die Sudetendeutsche Partei bekannte sich Ende April offen zum Nationalsozialismus und bezog nun auch zur ‚Judenfrage‘ eindeutige Position, indem sie einen ‚Arierparagraphen‘ in ihre Satzung aufnahm. Die Politik der SdP orientierte sich fortan unverhohlen am Dritten Reich. Die Partei richtete ihre Strukturen an den entsprechenden Organisationen der NSDAP aus. Die SdP wuchs rasch, bis sie im Juli 1938 schließlich mehr als 1,3 Millionen Mitglieder zählte. Dem Eindruck einer

kaum noch aufzuhaltenden Bewegung konnten sich nur noch wenige Menschen entziehen.

Seit März 1938 kam es regelmäßig zu Ausschreitungen gegen Juden, Tschechen und sudetendeutsche Demokraten. Hieran waren häufig Mitglieder der SdP federführend beteiligt. In einigen Orten forderten sie Juden unter eindeutigem Hinweis auf die Exzesse in Österreich auf, ihren Besitz zu verkaufen und zu fliehen. Es handelte sich um die sudetendeutsche Variante des ‚Kampfes um die Straße‘. Eine friedliche Konfliktlösung stand für Henlein und seine Partei nicht mehr auf der Agenda.

Im September 1938 kulminierte mit der Sudetenkrise schließlich auch der Druck auf die Juden. Die dann folgenden Demonstrationen und Ausschreitungen besaßen den Charakter einer Kampagne. Übergriffe waren nun an der Tagesordnung. Viele Juden sahen sich im September 1938 zur Flucht nach Innerböhmen gezwungen; ein Indiz dafür, dass sich die jüdische Bevölkerung im Sudetenland zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend isoliert und schutzlos sah. Viele Sudetendeutsche nahmen die Verfolgung ihrer jüdischen Nachbarn aus „gruppenegoistischen Motiven“ bereitwillig und gleichgültig in Kauf. Von den ursprünglich etwa 24 500 Juden auf dem Gebiet des späteren „Reichsgaus Sudetenland“ waren bis Ende September Tausende geflohen. Die ersten Orte deklarierten sich bereits unverhohlen als „judenfrei“.



Einmarsch des sudetendeutschen Freikorps in Teplitz - Schönau (Privatsammlung E. Vacek)

Das „Münchener Abkommen“ bestimmte das weitere Schicksal der Menschen im Sudetenland. Mit der Wehrmacht waren Einsatzkommandos des Sicherheitsdienstes der SS in die Sudetengebiete eingerückt. Diese trugen mit Hilfe der SdP zusammengestellte Gegnerlisten mit sich, auf deren Grundlage zahlreiche Menschen verhaftet wurden. Schon nach wenigen Tagen weitete sich der Terror auch auf die Juden aus.

Der Pogrom mündete in einer weiteren Flucht- und Vertreibungswelle. Teilweise mussten Juden unter Zwang Erklärungen über eine freiwillige Ausreise binnen weniger Tage unterzeichnen. Den Erfolg ihres Vertreibungsdruckes konnten Gestapo, Partei und Behörden den dürren Zahlen der Volkszählung des Großdeutschen Reiches vom 17. Mai 1939 entnehmen: Zu diesem Zeitpunkt konnten im Reichsgau Sudetenland nur noch rund 2 400 Juden, etwa ein Zehntel ihrer ursprünglichen Zahl, registriert werden. .

Kaum ein anderes Gebiet des Reiches war Ende 1938 in einem ähnlichen Maße ‚judenrein‘ geworden wie der Sudetengau. Ende 1938 waren die Juden im Sudetenland daher fast vollständig entrechtet. In Saaz waren 1935 noch 981 Juden, im Mai 1939 nur noch 91 (Rassenjuden).

Es entfachte sich rasch ein Verteilungswettkampf um die etwa 4 000 bis 5 000 jüdischen Betriebe. Die ‚Judenpolitik‘ ermöglichte den „Arisen“ das berufliche Fortkommen. Man musste somit kein Antisemit sein, um an der wirtschaftlichen Verfolgung teilzuhaben. Der Erwerb eines jüdischen Unternehmens und die rassistische Politik des NS-Regimes standen daher in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Kommt man an diesem Punkt auf die zentrale Frage nach den Verantwortlichen zurück, ist festzuhalten, dass die Vorbereitung und Umsetzung der Deportationen der Juden und politischer Gegner der Nationalsozialisten auch im Sudetenland ohne einen breiten Kreis von Mittätern kaum hätte realisiert werden können. Die Durchführung der Verbrechen hätte nie gelingen können, wenn nicht wie überall im deutschen Herrschaftsraum regionale Erfüllungsgehilfen mitgearbeitet hätten.



Vor dem Abmarsch zum Transport versammelte Juden, Pilsen, Archiv der Gedenkstätte Theresienstadt

Tatsächlich rief erst die Einführung des ‚Judensterns‘ wieder eine merkliche Reaktion der Bevölkerung auf die ‚Judenpolitik‘ des Regimes hervor. Es machte ein Spruch die Runde: „Wir wollten unser Recht, jetzt geschieht uns recht“. Die Masse aber blieb in einer breiten Grauzone der Indifferenz haften. Im Kern unterschied sich das Verhalten der nicht-jüdischen Bevölkerung im Sudetenland damit kaum von jenem der Menschen in anderen Teilen des Reiches. Ihr verbrecherischer Charakter war kaum noch zu übersehen. Dies war leider auch in fast ganz Nordböhmen so.

Literatur: Jörg Osterloh, Nationalsozialistische Judenverfolgung im Reichsgau Sudetenland 1938-1945, Verlag Oldenbourg München 2006



Die Deutsche Besetzung der Tschechoslowakei



Einmarsch der Wehrmacht im Oktober 1938 in die ČR an der Grenze im Adlegebirge.
(Privatsammlung E. Vacek)

Die deutsche Besetzung der Tschechoslowakei Am 1. Oktober 1938 und auch in den folgenden Tagen rückten deutsche Soldaten in das zuvor von der Tschechoslowakei geräumte Sudetenland ein. Damit hatte Adolf Hitler seine ersten wichtigsten außenpolitischen Ziele – den „Anschluss“ Österreichs und des Sudetenlandes an das neue „Großdeutschland“ viel früher als geplant und ohne Krieg erreicht.

„Überall an den Straßen und Ecken stehen jetzt die Menschen, die uns freudig zuwinken. Doch es geht immer weiter. In Grulich, der ersten Stadt hinter der Grenze, begeisterter Empfang. Mit angezogenem Gewehr geht es wieder am General vorbei. Dicht gedrängt stehen die Menschen auf dem Marktplatz, kaum daß die Musik von den Heilru-

fen der Bevölkerung zu hören ist. Das ist keine leere Begeisterung. Das ist wahre Freude. Freude, wie sie wohl noch keiner von uns erlebt hat, und es wird uns dabei so ganz anders.“ (Aufzeichnungen aus dem Tagebuch des Wehrmachtssoldaten Herbert Wetzig 1914-1942, aus Friedland/ Nieder-Lausitz, DHM-Bestand)

Im April 1943 zählte die NSDAP-Sudetenland rund 527.000 Mitglieder. Damit waren, gemessen an der Bevölkerungszahl und im Vergleich zum gesamten Reichsgebiet überproportional viele Menschen im Gau Parteimitglieder. Die SA zählte 1939 bereits rund 160.000 Mitglieder. Dies bedeutete zwar nicht, dass all diese Menschen fanatische Nationalsozialisten waren. Doch viele der Beitrittswilligen hatten den Pogrom gegen die Juden im November 1938 erlebt, sie hatten gesehen, wie im Oktober 1938 sudetendeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet wurden. Die hohen Mitgliederzahlen und andere Bekundungen der Zustimmung zum NS-Regime wurden also erreicht, als der nationalsozialistische Terror für jeden Bewohner des Gauers offensichtlich war. Man sorgte sich offensichtlich weniger um die Unterdrückung und hoffte stattdessen auf die möglichen sozialen Verbesserungen, die durch den „Anschluss“ an das Deutsche Reich lockten. Zudem forderten einheimische Parteifunktionäre Dankbarkeit für diesen „Anschluss“ und schufen damit eine sudetendeutsche Variante der NS-Propaganda, die entsprechend auf die Menschen wirkte.



Hitler auf der Prager Burg (Fotografie Bundesarchiv)

Die Zerschlagung der Rest-Tschechei, auch „Griff nach Prag“ oder „Erledigung der Rest-Tschechei“ genannt, war im Sprachgebrauch der NS-Propaganda eine militärische Operation, bei der deutsche Truppen am 15./ 16. März 1939 das restliche Staatsgebiet der kurzlebigen „Tschecho-Slowakischen Republik“ besetzten. Nach Androhung der Bombardierung Prags marschierte die Wehrmacht ohne Gegenwehr ein. Auf einen Erlass Hitlers hin wurden Böhmen und Mähren, die bereits durch die Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich um ihre mehrheitlich deutsch besiedelten Gebiete verkleinert worden waren, zum „Reichsprotectorat“

mit deutscher Gerichtsbarkeit. Die Slowakei wurde auf Druck Hitlers ein formell unabhängiger Staat, außenpolitisch aber ein Vasallenstaat „Großdeutschlands“.

Bereits beim „Anschluss“ Österreichs und des Sudetenlandes an das Deutsche Reich 1938 und nach der Besetzung von Böhmen und Mähren wurden Einsatzkommandos beziehungsweise Einsatzgruppen eingesetzt, die sicherheitspolizeiliche und nachrichtendienstliche Belange wahrzunehmen und die „Säuberung der befreiten Gebiete von marxistischen Volksverrättern und anderen Staatsfeinden“ („Völkischer Beobachter“ vom 10. Oktober 1938) durchzuführen hatten. Gemeint war das Suchen und Ermorden von oppositionellen Personen ohne Einhaltung rechtlicher Normen und Kontrollen.

Trotzdem demonstrierten am 28. Oktober 1939, dem Jahrestag der tschechoslowakischen Unabhängigkeit, in Prag mehrere Tausend Studenten gegen die deutsche Besatzung. Dabei wurde der Medizinstudent Jan Opletal von einer Kugel schwer verwundet und starb am 15. November 1939 an seinen Verletzungen. Sein Tod löste schwere Unruhen aus. Daraufhin wurde die tschechische Karlsuniversität in Prag am 17. November 1939 geschlossen, über 1.200 tschechische Studenten wurden im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert.

Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes, wurde 1941 zum Stellvertreter des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren, Freiherr von Neurath, ernannt. Er erwarb sich durch die brutale Verfolgung des Widerstandes einen Ruf als „Schlächter von Prag“. Nachdem Heydrich am 27. Mai 1942 durch ein Attentat schwer verwundet worden und am 4. Juni 1942 an den Folgen des Attentates gestorben war, erlebte das Reichsprotektorat eine erneute Terrorwelle als Vergeltung für den Mord an Heydrich. 10.000 Tschechen wurden festgenommen, über 1.300 hingerichtet, und der Ausnahmezustand wurde über das Land verhängt. Beim berüchtigten Massaker von Lidice (Liditz) am 10. Juni 1942 machte die SS die ganze Ortschaft dem Erdboden gleich und brachte alle männlichen Einwohner um. Drei Wochen später wurde der Ausnahmezustand wieder aufgehoben, die Standgerichte zur Aburteilung verdächtiger Personen blieben jedoch weiterhin im Amt.



Reinhard Heydrich, SS Obergruppenführer und Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Bundesarchiv)

Die Tschechen im Protektorat verloren, obwohl ihnen in einem Hitler-Erlass beschränkte Souveränität mit eigenem Staatsoberhaupt und Autonomie in Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur zugesagt worden war, in Wirklichkeit ihre Selbstständigkeit in jeder Hinsicht. Was ihnen drohte, war an der rabi-



Massenmord in Lidice, (ČTK)

biaten Schulpolitik der Nationalsozialisten im Sudetengau abzulesen, die tschechischen Kindern eine weiterführende Ausbildung verwehrte. Letztendlich sollten Sprache und Kultur der Tschechen vernichtet werden. Die Umvolkungspläne scheiterten indes am Kriegsverlauf und am Bedarf an tschechischen Arbeitskräften. Aufgrund seiner gut ausgebildeten Arbeiterschaft und seiner hochentwickelten Industrie lieferte das Protektorat einen erheblichen Beitrag zur deutschen Kriegswirtschaft. Dies zwang zu einer moderaten Politik gegenüber den Tschechen – trotz Protesten der

Tschechenfeinde im Sudetengau. Es zeigte sich aber, dass bei grundsätzlichen politischen Entscheidungen die obersten Reichsbehörden am längeren Hebel saßen. Gleichwohl traf sie diese nur aus Kalkül zugunsten der Tschechen im Protektorat.

Der Prager Aufstand gegen die Deutschen begann während des Anmarsches der Roten Armee und der Amerikaner am 5. Mai 1945. Die Protektoratsregierung, immerhin noch von 80.000 Soldaten der Heeresgruppe Mitte, mehreren SS-Divisionen und zentralen Gestapo-Dienststellen beschützt, wurde am 8. Mai gestürzt. Am folgenden Tag marschierten sowjetische Truppen in Prag ein.



Übermalung der tschechischen Geschäftsanschriften in Teplitz - Schönau (Foto: Regionalmuseum Teplice)

Die Gründung der tschechoslowakischen Exilarmee und deren sowjetische Infiltrierung

Nach der Demobilisierung der tschechoslowakischen Armee 1938 emigrierten viele Patrioten, um im Ausland gegen den deutschen Nationalsozialismus und für die Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik zu kämpfen. Einige, auch tschechische Offiziere aus dem westlichen ausländischen Widerstand, traten in das 1. Tschechoslowakische Armeekorps ein, das auf dem Gebiet der Sowjetunion in Buzuluk entstand. Dazu kamen Flüchtlinge aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ sowie eine große Anzahl von Tschechen aus Wolhynien in der Ukraine, die dort im 19. Jahrhundert vom russischen Zar angesiedelt worden waren. In der Sowjetunion waren sie in Konflikt mit Stalins kommunistischem Regime geraten, ein Teil war in sowjetischen Arbeitslagern gelandet. Jetzt versprach man ihnen, dass sie nach dem Krieg in die alte Heimat zurückkehren dürften.



Bahnhof in Buzuluk
(Foto: Privatarchiv E. Vacek)



Anwerbung von Freiwilligen in Buzuluk (Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Das tschechoslowakische Armeekorps unterstand dem Kommando der Roten Armee. Es wurde politisch von der KP (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) im Moskauer Exil sowie durch die Parteimitglieder in der Armee und ihre Sympathisanten beeinflusst. Ausgebildet und geleitet wurde es von sowjetischen Instrukteuren. Dies galt insbesondere für die Aufklärungs- und Nachrichtenoffiziere, die eine separate Befehlsstruktur hatten und nicht der Armeeführung direkt untergeordnet waren.

In der Roten Armee wurde jedem Verband bis zur Bataillonsebene ein Politkommissar (Politruk) zugeteilt. Er besaß die Autorität, Befehle von Kommandeuren aufzuheben, die gegen die Prinzipien der KPdSU verstießen. Dies verminderte zwar die militärische Effizienz, stellte aber die politische Zuverlässigkeit der Armee gegenüber der Partei sicher.

In der tschechoslowakischen Exilarmee übernahmen diese Funktion vorerst die Verbindungs-offiziere des NKWD (Nationales Kommissariat für innere Angelegenheiten des sowjetischen Innenministeriums = Geheimdienst), ab dem 7. Januar 1945 dann – auf Befehl des Kommandeurs des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps General Svoboda – der neu gegründete Geheimdienst OBZ (Abwehrrichtendienst). Der Leiter dieser Abteilung wurde Oberleutnant Bedřich Reicin und sein Vertreter Leutnant Karel Vaš. Der OBZ wurde auf direkten Antrag von General Mechlis gegründet, der das NKWD an der ukrainischen Front leitete. Dieser Abwehrrichtendienst wurde nachweislich zum verlängerten Arm für die politische Führung der UdSSR und der Komunistischen Partei der Tschechoslowakei.



General Procházka, Major Gambulov (NKWD), Leutnant Reicin
(Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Die Tätigkeit des OBZ war nicht nur undemokratisch, sondern verstieß auch gegen die Verfassung und geltende Gesetze. Dies lässt sich aus den Quellen und Zeugenaussagen der Akteure urteilen, obwohl nur ein Teil der Akten nach 1989 auffindbar war. Der Einfluss dieses Geheimdienstes und ihres Leiters Reicin (seit 1948 Brigadegeneral), der umfangreiche Machtbefugnisse hatte, wirkte bis in die fünfziger Jahre nach. Reicin wurde Ende 1952 bei „Säuberungen“ der kommunistischen Partei hingerichtet, der OBZ aufgelöst.

(Quelle: František Hanzlik, Der Abwehrrichtendienst im Kampf um die politische Macht 1945-1950, hg. vom Amt für die Dokumentation und Erforschung der kommunistischen Verbrechen.)



General Heliodor Pika
(Foto Privatarchiv E.Vacek)

Die Londoner Exilregierung und das Verteidigungsministerium mit seinem Geheimdienst unter Leitung von Oberst František Moravec verloren ganz den Einfluss auf das Geschehen im 1. Tschechoslowakische Armeekorps und auf die Befreiung der Tschechoslowakei vom nationalsozialistischen Deutschland, obwohl mehrere führende Offiziere in Moskau als Verbindungsleute zu ihr fungierten. Einer von ihnen war General Heliodor Pika. General Pika war gut darüber informiert, wie es in der Sowjetunion und in der Sowjetarmee zuging. Pika hat auch einiges gewusst, was die Sowjets nach Ausbruch des Kalten Krieges vor den Amerikanern geheimhalten wollten. In den frühen Morgenstunden des 21. Juli 1949 wurde er hingerichtet. In der Nacht vor seiner Hinrichtung schrieb er an seine Familie, er sei überzeugt, es handle sich um einen Justizmord aus politischen Gründen. 1968 wurde Pika in vollem Umfang rehabilitiert.

Präsident Beneš wurde für dieses Versagen der Exilregierung kritisiert. Während eines Empfangs von führenden Generälen am 25. Mai 1945 ging er auf diesen Vorwurf ein und erklärte: „Bedenkt, dass wir im Ausland in gewisser Weise Opfer der Politik der Verbündeten waren. Es war ein Streit zwischen dem Osten und Westen, und wir wurden nicht gut behandelt. Es war ein schweres Dilemma. Ich habe die Vereinbarung zwischen England und der UdSSR kaum ertragen, denn sie stellte uns vor vollendete Tatsachen. Nach der Konferenz in Teheran habe ich festgestellt, dass die Slowakei der russischen Sphäre zugeordnet wurde, und nach sechs Monaten haben sie alle unsere Länder dieser russischen Sphäre überlassen. Es waren politische Spiele der Weltmächte, und wir taten alles, um unserer Nation nützlich zu sein.“

(Quelle: Militärisches Zentralarchiv, Militärkanzlei des Präsidenten Nr. 946, 1945, Seite 2)



Beneš, Molotow und Stalin in Moskau bei der Unterschrift der Freundschaftsvertrages (Privatsarchiv E.Vacek)

Antritt des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps in Buzuluk
(Privatarchiv E. Vacek)



Übergabe der Standarte des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps (Privatarchiv E.Vacek)



Vertreibungslehrer Stalin



Nach ihren Sieg im Bürgerkrieg hatte sich die neue Sowjetmacht darum bemüht, die Loyalität der verbliebenen Randvölker und Diaspora-Gruppen durch die Einrichtung sprachnational definierter Territorien und die Förderung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu gewinnen. Auf die Kollektivierung der Landwirtschaft seit 1929 antworteten jedoch sowohl die sogenannten „westlichen Nationalitäten“ wie die Polen und Deutsche als auch die sogenannten „östlichen Nationalitäten“ wie Aserbeidschaner, Kasachen, Koreaner und Chinesen mit der Flucht aus der Sowjetunion oder mit Aufständen. Schockiert erkannte die Führung, dass

sich die nationalen Minderheiten nicht als Werbeträger für das sowjetische System einspannen ließen. Zur endgültigen Wende in der Nationalitätenpolitik kam es durch die innen- und außenpolitische Entwicklung der Jahre 1933/1934, nämlich durch die „ukrainische Krise“ mit Russifizierung und Hungersnot, durch den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und durch das Vordringen der Japaner in die Mandschurei und nach China. Der sogenannten „Entkulakisierung“, also der Deportation wohlhabender Bauern in unwirtliche Gebiete des Nordens und Ostens, folgten seit 1935 „nationale Operationen“: Nationalitäten, die in den Grenzgebieten siedelten oder ein „Mutterland“ jenseits der Grenzen hatten, vor allem Polen, Deutsche und Koreaner, wurden nach Kasachstan und Zentralasien transportiert. Der „große Terror“ der Jahre 1937-1938 richtete sich nicht mehr nur gegen „Klassenfeinde“, sondern gegen ganze Nationen.

Infolge des Hitler-Stalin-Pakts eignete sich die Sowjetunion 1939/ 1940 Gebiete im Westen wieder an, die das Zarenreich nach dem 1. Weltkrieg verloren hatte. Noch vor dem deutschen Angriff wurden 1,2 Millionen Menschen, insbesondere aus der den Führungsschichten, aber auch Bauern aus Polen, dem Baltikums und aus Bessarabien deportiert. Die meisten Karelier konnten von den finnischen Behörden noch rechtzeitig evakuiert werden. Nach dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 wurde die deutschsprachige Bevölkerung des gesamten europäischen Teils der Sowjetunion, wiederum 1,2 Millionen Menschen, und ebenso die Finnen Nordwestrusslands nach Osten verfrachtet. Etwa ein Drittel der deportierten Deutschen musste ab 1942 Zwangsarbeit in der sogenannten „Arbeitsarmee“ leisten.

Nach der Rückeroberung des an Hitler verlorenen Territoriums ließ Stalin seit 1943 eine große Zahl von Ukrainern, Litauern, Letten und Esten in den hohen Norden und nach Osten deportieren, um deren nationalen Widerstand gegen die Rückgliederung in die Sowjetunion auszutrocknen. Es gab aber auch Nationalitäten, die unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Faschisten in ihrer Gesamtheit nach Sibirien, Kasachstan und Zentralasien abtransportiert wurden. Ihre Wohnorte wurden von Einheiten des NKVD umstellt, die Familien in Viehwaggons an ihre Verbannungsorte gebracht, die Rotarmisten der entsprechenden Nationalität aus der Armee entlassen und ebenfalls deportiert. Ihre autonomen Republiken und Gebiete wurden aufgehoben und anderen ethnischen Gruppen überlassen.

Vertreibungen und Deportationen in der Sowjetunion und in Hitlers Reich verfolgten unterschiedliche Ziele, hatten aber auch Gemeinsamkeiten, nämlich den rücksichtslosen Umgang mit Menschen, Volksgruppen und Völkern. Was der NS-Staates vorhatte, geht aus seinen bekannten Plänen hervor: Ostmitteleuropa sollte in das „großgermanische Reich“ eingegliedert werden, die Deportation „fremder“ Völker sollte Platz schaffen für die Ansiedlung von Deutschen („Volk ohne Raum“) und „rassisch“ nahestehenden Gruppen. In einer Rede am 6. Oktober 1939 forderte Hitler eine ethnographische Neuordnung Europas, nämlich eine Umsiedlung der Nationalitäten so, dass sich nach Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergäben, als dies bis heute der Fall sei. Denn der ganze Osten und Südosten Europas sei mit Splintern des deutschen Volkstums durchsetzt. Darin liege ein Grund für fortgesetzte zwischenstaatliche Störungen.

Stalinsvertreibungen in der Sowjetunion

Zeitraum	Opfergruppe	Anzahl	Vertrieben von	Vertrieben nach
1940-1941	Polen, Ukrainer, Juden	800.000	Russland und Ukraine	Sibirien und Mittelasien
1940	Finnen	450.000	West-Karelien	Finnland
1941	Letten	34.000	Lettland	Sibirien und Mittelasien
1941	Litauer	38.000	Litauen	Sibirien und Mittelasien
1941 -1943	Russlanddeutsche	900.000	Ukraine, Wolga, Kaukasus	Sibirien und Mittelasien
1943	Kalmücker	100.000	Kalmücker	Sibirien und Mittelasien
1943	Karatschaer	76.000	Kubangebiet	Sibirien und Mittelasien
1943	Tschechenen	500.000	Tschechien	Sibirien und Mittelasien
1943	Ukrainer	140.000	Ukraine	Sibirien und Mittelasien
1944	Krim-Tataren	260.000	Krim-Halbinsel	Sibirien und Mittelasien
1944	Griechen, Armenier	42.000	Krim-Halbinsel	Sibirien und Mittelasien
1944	Mescheten	120.000	Georgien	Sibirien und Mittelasien
1944	rumän. Moldawier	32.000	Moldawien	Sibirien und Mittelasien
1944/1945	Esten	30.000	Estland	Sibirien und Mittelasien
1944/1945	Letten	120.000	Lettland	Sibirien und Mittelasien
1944/1945	Litauer	260.000	Litauen	Sibirien und Mittelasien
1944/1948	Finnen	250.000	West-Karelien	Finnland
1944/1945	Polen	1.530.000	West - Ukraine	Polen

Quelle: Tabelle Stiftung Flucht und Vertreibung 1938 – 1950*

Die Forderung nach nationaler Homogenisierung nach dem 2. Weltkrieg ergab sich zum einen aus den Konflikten zwischen den Nationalstaaten der Vorkriegszeit und ihren Minderheiten – vor allem (wenn auch nicht nur) mit deutschen Minderheiten. Zum anderen hielt, nach den grausamen Erfahrungen unter deutscher Besetzung, kaum jemand eine Rückkehr zum Minderheitenschutz des Völkerbundes für möglich. Andererseits hatten Hitler und Stalin in ihren Besatzungsgebieten vorgemacht, wie man Bevölkerungen deportiert und Volksgruppen auf der Landkarte herumschiebt. Ohne Hitlers Eroberungskrieg wären es zwar auch zu Deportationen innerhalb der Sowjetunion (in ihren Grenzen von 1918) gekommen, nicht aber im übrigen Europa.

Der schicksalshafte Begriff „Vertreibung“ im modernen Sinne wurde erstmals 1895 vom Vorsitzenden des „Alldeutschen Verbandes“ Ernst Hasse verwendet. Hasse forderte zum Erhalt der „Homogenität“ des deutschen Volkes die Ausgewanderten zur Rückkehr auf und wollte gleichzeitig den Zuzug Fremder unterbunden wissen. Doch das reichte ihm nicht, er empfahl zur „Germanisierung“ Deutschlands die „Vertreibung des größeren Teils der undeutschen Bevölkerung“ und die „Vorbehaltung aller öffentlichen Rechte für die Deutschen“. Mit einer Gruppe von 32 Reichstagsabgeordneten hatte er sich ein Jahr zuvor für eine entsprechende Änderung des Bundesgesetzes von 1870 zur Reichs- und Staatsangehörigkeit eingesetzt – erfolglos. Seit dieser Zeit aber verschwanden derartige Überlegungen nicht mehr aus dem geistigen Arsenal des deutschen Nationalismus.

Literatur: Hans Henning Hahn (Hg.): „Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten.“ Frankfurt am Main 2007. Detlef Brandes: Flucht und Vertreibung (1938–1950), in: Europäische Geschichte Online (EGO), Hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011-02-09.

Das Kaschauer Program eine Weichenstellung



Dr. Eduard Beneš bei der Proklamation des Kaschauer Programms (Foto:ČTK)

Erste Weichenstellungen waren bereits im Exil erfolgt. Dazu gehörte der Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, den Ex-Präsident Edvard Beneš im Dezember 1943 in Moskau unterzeichnet hatte. Ebenso gehörte dazu die Annäherung zwischen den Kommunisten und den restlichen Linksparteien.

Das Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung, der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken, das weitgehend auf einem Entwurf der Moskauer KPČ-Führung beruhte, wurde auf der ersten Sitzung der Regierung am 5. April 1945

angenommen. Der kommunistische Einfluß war hier schon deutlich zu erkennen. In der Folge hieß dies: Das gesamte industrielle Potential sollte verstaatlicht werden. Auf dem Land wurde eine Bodenreform durchgeführt. Das Programm der Nationalen Front deutete die neue Orientierung und Bindung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion an.

Die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung der Deutschen konnte man aber noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen. Sie war bewusst kaschiert worden aus außenpolitischer Rücksichtnahme.. „Die furchtbaren Erfahrungen, welche die Tschechen und Slowaken mit der deutschen und magyarischen Minderheit gemacht haben, die zu einem großen Teil das gefügige Werkzeug einer gegen die Republik gerichteten auswärtigen Eroberungspolitik bildeten, und von denen sich vor allem die tschecho-slowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und das slowakische Volk hergaben, zwingen die wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff.“ (Kaschauer Programm Art. VIII.)

Aber schon am 30. März 1936 bei einer Audienz der „Assoziation der ausländischen Presse“ auf der Prager Burg hatte Beneš auf die Frage, ob die Sudetendeutschen befürchten müssten, dass es auf Grund des neuen Staatsverteidigungs-Gesetzes inkl. Durchführungsbestimmungen im Grenzgebiet zu Enteignungen kommen könnte, rau und prophetisch geantwortet: „Dies könnte da geschehen, wo sich wirklich Unzuverlässigkeit zeigt. Deswegen müssen gerade die Minoritäten ein Interesse haben, dass kein Krieg ausbricht. Denn in einem neuen Krieg würde sich jeder erinnern, welche Rolle die Minoritäten spielten ...“ Deswegen gehe es im nächsten Krieg und bei Friedensverhandlungen nicht um die Erlangung neuer Gebiete, sondern um eine ethnographische Säuberung von der Art, wie die Frage im türkisch-griechischen Krieg in Kleinasien gelöst wurde – also um eine massenhafte Umsiedlung der Bevölkerung. Brutal gesagt: „Wer verliert, muss das verlorene Gebiet räumen.“

(Aufzeichnungen der Beneš-Rede - Privatkorrespondenz A 680-36 BA Kučera)



Dr. Edvard Beneš (Privatsammlung E. Vacek)

„Als Ausdruck der nie endenden Dankbarkeit der tschechischen und der slowakischen Nation der Sowjetunion gegenüber wird die Regierung die engste Bundesgenossenschaft mit der siegreichen slawischen Großmacht im Osten zur unabdingbaren Leitlinie der auswärtigen Politik machen. Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag vom 12. Dezember 1943 über die gegenseitige Hilfeleistung, Freundschaft und Nachkriegs-Zusammenarbeit wird für alle Zukunft die außenpolitische Position unseres Staates bestimmen.

Mit Hilfe der Sowjetunion wird die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik vollendet werden, damit auf diese Weise mit ihrer Unterstützung für immer deren Freiheit und Sicherheit gewährleistet und jede Nation der Tschechoslowakei unter allseitigem Zusammenwirken mit der Sowjetunion eine ruhige Entwicklung und glückliche Zukunft gesichert werde.“ (Kaschauer Programm Art. IV.)



Klement Gottwald, der Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Kaschau (Privatsammlung E. Vacek)

„Die Regierung wird von Anfang an eine praktische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion durchführen, und zwar in jeder Richtung – militärisch, politisch, wirtschaftlich, kulturell –, wobei sie den Wunsch hat, mit der benachbarten ukrainischen sowjetischen Unionsrepublik einen gegenseitigen Vertreter austausch und wechselseitige Beziehungen zu verwirklichen.“ (Kaschauer Programm Art. IV.)

„Zum Unterschied von dem früheren hochbürokratischen, volksfremden Verwaltungsapparat werden in den Gemeinden, Bezirken und Ländern als neue Organe der staatlichen und öffentlichen Verwaltung vom Volke gewählte Nationalausschüsse geschaffen.“ (Kaschauer

Programm Art. V)

Diese Übernahme der Verwaltungsstrukturen aus der UdSSR ebnete der Kommunisten den Weg zur Macht. Die Nationalausschüsse waren als Hebel vorgesehen, die, folgend den Prinzipien des demokratischen (sozialistischen) Zentralismus, die zentrale Leitung der Ökonomie und der ganzen Gesellschaft bis auf die lokale Ebene übernehmen sollten. Besonders in den bisher mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten waren die meisten Nationalausschüsse praktisch von Anfang an kommunistisch dominiert, da eine Mehrheit der tschechischen Neusiedler mit dieser Partei sympathisierte oder deren Mitglieder wurde.



Die Befreiung

Am Morgen des 8. Mai 1945 überschritt die Rote Armee die Grenze im Erzgebirge und besetzte bis zum Abend ganz Nordböhmen. Andere Formationen fuhren weiter nach Prag. Der sowjetische Einmarsch in die Hauptstadt der Tschechoslowakei hatte politische Priorität. Die sowjetischen Soldaten kamen als Befreier. Doch wie Stalin sagte: „Derjenige der Land besetzt, wird ihm auch sein eigenes politisches System aufprägen.“

Für die weitere Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik war auch maßgebend und durchaus symbolisch, dass die Mitglieder der neuen Regierung und der Präsident im Exil, Edvard Beneš, nicht aus London, sondern aus Moskau zurückgekehrt waren. Der „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit“ mit der Sowjetunion vom 12. Dezember 1943 sollte die Garantie dafür liefern, dass sich ein „München“ nie mehr wiederholt. Die Enttäuschung über die ehemaligen Verbündeten Frankreich und Großbritannien war groß in der Bevölkerung und ihren politischen Vertretern.



Josif Vissarionovič Stalin, der Generalissimus und Oberbefehlshaber der Roten Armee, Vorsitzender der Rats der Volkskommissare der UdSSR (Privatsammlung E. Vacek)

Eines der Hauptziele der neuen Regierung war die Durchführung der Vertreibung (odsun, transfer) der einheimischen deutschen und ungarischen Bevölkerung und die Errichtung eines Nationalstaats der Tschechen und Slowaken. In dieser Frage waren sich die Parteien der „Nationalen Front“ bei der Proklamierung des Kaschauer Programms einig. Es wurde aber noch nicht verkündet, da die offizielle Zustimmung der westlichen Verbündeten bisher fehlte. Trotzdem traf man umgehend alle organisatorischen und psychologischen Vorkehrungen dafür.



Generalmajor A.I. Gastilovič, 18. Sowjetarmee und General Karel Klapálek an der ukrainischen Front 1944 (Privatsammlung E. Vacek)

Mit der Sicherung der Grenzgebiete wurde am 11. Mai 1945 die Kommandantur „Alex“ der tschechoslowakische Armee beauftragt, die schon während des Prager Aufstandes gegründet worden war. Diese gab am 15. Mai den Befehl für die „militärische Besetzung des Sudetenlandes“ und zur „Säuberung“ dieser Gebiete. In einem Zusatz zu diesem Befehl erschien folgender Aufruf: „Verweist alle Deutschen aus dem Gebiet unserer historischen Grenzen. Zur Aufrechterhaltung der Funktionen der landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe soll die

erforderliche Zahl der Arbeiter und Angestellten bleiben, jedoch als Fremdarbeiter und ohne jegliche bürgerliche Rechten.“ Ende Mai wurde die Kommandantur „Alex“ aufgelöst und die Armee neu strukturiert. Für Nordböhmen (Abschnitt VO1) wurde als Kommandant General Karel Klapálek eingesetzt.

Quelle: Operationsbefehl Nr. 128, Militärisches Zentralarchiv VÚA-VHA, f. VO1, kart. 2



Soldaten des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps an der Staatsgrenze (Privatsammlung E. Vacek)

In dieser Zeit der Wehrbereitschaft war die Armee nicht die einzige, aber die stärkste und am besten funktionierende Sicherheitskraft im Grenzgebiet. Der Militärische Nachrichtendienst (OBZ) unter Oberleutnant Bedřich Reicin hatte nicht nur außerordentliche Machtbefugnisse, er fungierte auch als verlängerter Arm des sowjetischen Geheimdienstes NKWD und war selbst überwiegend mit Kommunisten besetzt.

Während des Prager Aufstandes und nach der Befreiung der Hauptstadt waren Revolutionsstaffeln aufgestellt worden, sogenannte „Revolutionsgarden“. Diese wurden teilweise direkt aus Prag durch Befehle der neu errichteten Zentrale für die Koordinierung der Sicherheit gelenkt. Die Revolutionsgarden waren sehr undiszipliniert und begingen zahlreiche Besitzdelikte. In der Bevölkerung wurden sie deshalb „Räubergarden“ genannt. Sie nahmen auch willkürliche Erschießungen von Deutschen vor, allerdings – soweit bekannt – keine Exekutionen im großen Stil.



Revolutionsgarden und Partisanen, unbekannte Lokalität
(Privatsammlung E. Vacek)



Aufmarsch der SNB (Korps der Nationalen Sicherheit) in Aussig
(Privatsammlung E. Vacek)



Ankunft der Roten Armee in Znaim, Mai 1945 (Südmährisches Museum Znaim)

Die Bemühungen um die Kontrolle des Grenzgebietes mündeten in die Gründung eines „Korps der nationalen Sicherheit“ (SNB), in das bevorzugt ehemalige Revolutionsgardisten und Partisanen aufgenommen wurden. Der Anteil an politisch zuverlässigen Kommunisten war auch hier sehr hoch. Obwohl es anfangs durchaus auch nicht-kommunistische SNB-Kommandanten gab, hatten sozialdemokratische oder „bürgerliche“ Politiker auf die Bildung dieser bewaffneten Formationen nur einen geringen Einfluss. Verteidigungsminister Ludvík Svoboda, der ehemalige Kriegsheld, trat erst im Februar 1948 in die KP ein, aber das Innenministerium war von Anfang an fest in kommunistischer Hand.

In der Armee, die Nordböhmen besetzte, waren Frontkämpfer stark vertreten, die zuvor in der Sowjetunion und auf slowakischem Boden Zeugen deutscher Gräueltaten geworden waren. Diese Erlebnisse haben sie teilweise stark traumatisiert, und entsprechend muss man ihr Verhalten beurteilen. Das gilt auch für die Angehörigen der „Roten Armee“, deren Soldaten größeren physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt waren, als etwa die US-Soldaten, und deren Versorgungslage ungleich schlechter

war. Das führte zu vielen Übergriffen auf Eigentum und Frauen. Die Vergewaltigungen trafen auch viele Tschechinnen, da es die Rotarmisten meist nicht interessierte, welcher Nationalität ihre Opfer angehörten. Letztlich hing das Verhalten der Soldaten aber stark von der militärischen Disziplin und den Befehlen der Kommandeure ab.

Literatur: Adrian von Arburg/Tomáš Staněk: Dokumente aus tschechischen Archiven, Band II. 1: Die Aussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen Grenzgebiets 1945–1951. 2011

Die „Wilde Vertreibung“

Als **Wilde Vertreibung** bezeichnet man die angeblich unkoordinierte „Abschiebung“ (odsun) der deutschen und ungarischen Minderheit unter teilweise unmenschlichen Bedingungen, die erst im Herbst 1945 durch einen „Transfer“ abgelöst wurde, der mit den Worten von Edvard Beneš „human, anständig, richtig, moralisch“ sein sollte. In Wirklichkeit kam es zu diesen Übergriffen und Massakern keineswegs außerhalb der Kontrolle verantwortlicher Staatsorgane. Die systematische Planung und zentrale Leitung der Aussiedlungsaktionen „von oben“ spielte in den ersten Nachkriegsmonaten des Jahres 1945 eine wichtigere Rolle, als man ihr bisher zuschrieb. „Wild“, „spontan“ oder „nicht organisierte“, wie später behauptet, waren sie zu keiner Zeit.



Vertreter der tschechoslowakischen Regierung im Brunn auf dem Balkon des Neuen Rathauses am 7. Mai 1945 (Foto: Archiv der Stadt Brunn)

Noch im Exil hatte Beneš versucht, die Briten und Amerikaner von der Notwendigkeit eines „Transfers“ der Deutschen zu überzeugen. Als Argumente dienten ihm die angebliche Gewaltbereitschaft des tschechischen Volkes und der Schutz der Deutschen vor Massakern. Die westlichen Verbündeten waren in dieser Frage erst zurückhaltend, aber im Juli 1942 stimmten die Briten schließlich zu und erklärten das Münchner Abkommen für ungültig. Im Mai 1943 schloss sich Roosevelt dieser Meinung an. Gegen Ende des Krieges ging es dann nicht mehr nur um „Transfer“, sondern um Rache. In einem Aufruf der Kaschauer Regierung vom 17. April 1945, der vom Moskauer und Londoner Rundfunk gesendet wurde, hieß es unter anderem: „Rechnet mit den Deutschen alle ihre Gräueltaten ab und habt kein Mitleid mit den deutschen Mördern. Dasselbe gilt erbarungslos für die Verräter des Volkes und der Republik.“

Zwischen Deutschen und Sudetendeutschen wurde dabei kein Unterschied gemacht. Die sofortige Festnahme aller Deutschen, die nach dem Münchner Abkommen in die (jetzt wiederhergestellte) tschechoslowakische Republik gekommen waren und solcher, die Henlein und die nationalsozialistische Ideologie aktiv unterstützt und Verbrechen gegen das tschechische und slowakische Volk begangen hatten, stand jetzt auf der Tagesordnung. Die Kommunisten verlangten darüber hinaus nicht nur die Volksverwaltung des feindlichen Eigentums, sondern die Rückgängigmachung der Konfiskationen nach der Schlacht am Weißen Berg 1621, die angeblich den Deutschen zugute gekommen waren. Hier wurden uralte historische Rechnungen aufgemacht, aber es ging auch um Aktuelles: Seit 1938 war es nicht nur im Sudetenland, sondern auch im Protektorat Böhmen und Mähren zu einem nicht unerheblichen Zuzug von Reichsdeutschen gekommen. Das waren nicht nur Wehrmachtsoffiziere, NS-Funktionäre und SS-Leute, die sich in repräsentative Wohnungen einquartiert hatten, sondern auch Geschäftsleute mit ihren Familien, die in dieser blühenden Industrieregion ihr Glück versuchten. Dazu kamen Bombenflüchtlinge aus dem „Altreich“ – alleine in Prag hatten etwa 100.000 Reichsdeutsche Schutz vor den Bombenangriffen in Deutschland gesucht. Ab Herbst 1944 nahm auch die Zahl der deutschen Kriegsflüchtlinge aus dem Osten und Südosten gewaltig zu und wuchs bis Kriegsende auf schätzungsweise eine Million Menschen.

Staatspräsident Dr. Edvard Beneš, der Anfang April in Kaschau nur vom Aufbau des tschechoslowakischen Staates gesprochen hatte, schlug am 28. April 1945 im slowakischen Poprad einen anderen Ton an: „Unsere erste Aufgabe wird es sein, diesen Staat vom Faschismus und den Nazis zu säubern, von Deutschen und Ungarn, und dies ohne Gnade, mit allen daraus resultierenden Folgen.“ Bei seinem ersten Auftritt auf tschechischem Boden in Brunn am 12. Mai 1945 wurde er noch deutlicher: „Jetzt fangen wir mit der Arbeit an, wir werden in Brunn Ordnung mit den Deutschen und allen anderen schaffen (lauter Beifall). Mein Programm ist es, und ich verheimliche dies nicht, dass wir die deutsche Frage in der Republik beseitigen werden.“



Dr. Edvard Beneš nach seiner Ankunft in Brünn, im Salon des Neuen Rathauses am 12. Mai 1945 (Foto: Archiv der Stadt Brünn)

Vier Tage später, bei seiner Ankunft in Prag am Altstädter Ring, formulierte er noch schärfer: „Es wird notwendig sein, vor allem die Deutschen in den böhmischen Ländern und die Ungarn in der Slowakei kompromisslos zu beseitigen, so weit wie eine solche Beseitigung im Interesse eines einheitlichen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken überhaupt nur möglich ist. Unsere Aufgabe muss die definitive Entgermanisierung unserer Heimat sein, und dies nicht nur auf den Gebieten Kultur und Wirtschaft, sondern auch politisch.“

Anfang Juni 1945 übernahm die tschechoslowakische Armee bis auf wenige Ausnahmen die Vertreibung (Aussiedlung) der deutschen Bevölkerung – nicht nur in Nordböhmen: Schon Ende Mai hatte die Vertreibung im Adlergebirge und in Südböhmen begonnen, und die dortigen „Partisanen“ standen in direktem Kontakt mit dem Verteidigungsministerium in Prag. Armeeeinheiten richteten Konzentrationslager für Deutsche ein, wobei überwiegend Lager benutzt wurden, die von Deutschen für andere Nationalitäten errichtet worden waren. Unter den Lagerleitern und dem Dienstpersonal befanden sich viele Mitglieder und Sympathisanten der Kommunisten. In Marschkolonnen wurden die Deutschen über die Staatsgrenze getrieben. Die Transporte führten ausschließlich in die sowjetischen Besatzungszonen in Sachsen und Österreich und bis etwa Mitte Juni 1945 auch ins polnisch-sowjetisch besetzte Schlesien, da die Führung der Roten Armee damit einverstanden war.

Diese wortwörtliche Vertreibung der Deutschen – etwa 116.000 bis Mitte Juni 1945 – aus den Grenzgebieten wurde in allen Landesteilen, die von der Roten Armee besetzt waren, durchgeführt und sollte auf eine Tageskapazität von 10.000 Menschen erhöht werden. Es kann geschätzt werden, dass in der Phase der sogenannten „Wilden Vertreibung“ circa jeder vierte alteingesessene Deutsche (deren Gesamtzahl betrug rund drei Millionen) aus seiner Heimat vertrieben wurde. Der Mythos, dass es sich dabei um spontane Aktionen im Sinne eines Ausbruchs von Volkszorn gehandelt habe, und dass überwiegend „Revolutionsgarden“ die Täter gewesen seien, findet hinsichtlich der Mehrzahl der Fälle keine Bestätigung in den Akten. Es waren eindeutig Befehle „von oben“, die hier wirksam wurden. Die schnelle Vertreibung der Deutschen unter „Anwendung aller Mittel“, wie Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda verlangt hatte, sollte vollendete Tatsachen schaffen, bevor die in Potsdam verhandelnden Staatsmänner der „Großen Troika“ es sich anders überlegen konnten.



Die Vertreibung der Deutschen aus Deutsch Gabel am Fuße des Lausitzer Gebirges, Grenzübergang Petersdorf (Foto: Bezirksarchiv Reichenberg)

Nach der Vereinbarung von Potsdam über den Transfer der deutschen Bevölkerung in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands vom 2. August 1945 gab es zahlreiche Proteste der Westalliierten, des Roten Kreuzes sowie unzählige Beschwerden aus der tschechischen Bevölkerung über die Umstände der „Abschiebung“, die in den Ministerien und in der Kanzlei des Präsidenten aufliefen. Daraufhin ging am 16. August 1945 eine Note der tschechoslowakischen Regierung an die Verbündeten, derzufolge der „Transfer“ in Zukunft menschlich, geordnet und unter internationaler Kontrolle erfolgen sollte. Doch erst mit erheblicher Verspätung – im September, teilweise auch erst im Oktober – kam es zu einer Einstellung der Gewaltaktionen.

Quellen: Adrian von Arburg/Tomáš Staněk (Hg.): Dokumente aus tschechischen Archiven, Band II, 1: Die Aussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen Grenzgebiets 1945–1951. 2011

Saaz (Žatec)

Peter Klepsch, ehemaliger Insasse des Lagers Postelberg:

Nach drei Wochen im Mai 1945 zogen die Russen plötzlich ab, das war an einem Freitag. Da sind die russischen Soldaten plötzlich aus Saaz verschwunden, und die ganze Stadt war voll mit tschechischen Uniformen, und es liefen bereits Gerüchte in der Stadt, dass in Postelberg die Leute alle verschwunden sind. Das war am Samstag. Und am Sonntagmorgen um 9 Uhr wurde ich von meiner Schwester aus dem Bett geholt, sie sagte: „Es sind Soldaten da, du musst auf dem schnellsten Weg auf den Ringplatz kommen. Alle deutschen Männer von 12 bis 65 Jahren haben sich unter Drohung der Todesstrafe dort einzufinden.“ Wir sind dort aufmarschiert, und zwar in zwei Kolonnen.



Peter Klepsch, geboren 1928 in Saaz, ehemaliger Insasse des Lagers Postelberg (Foto: Privatarchiv)

Der damalige Hauptplatz der Stadt war durch ein Wasserbecken geteilt, das vom Luftschutz zu Löschzwecken angelegt wurde. Es waren also von Anfang an zwei Kolonnen, links und rechts der Dreifaltigkeitssäule angeordnet. Was ich als Erstes sah, das war ein Mord an einem Postbeamten namens Gansl. Der kam durch die Liebotschaner Pforte herauf, anscheinend zu spät oder hat irgendeine Bemerkung gemacht. Man hat ihn sofort totgeschossen, und irgendein junger Mann mit Motorrad ist dann über ihn hin- und hergefahren. Das Schrecklichste war, dass sich in den Speichen des Rades das Gedärm des unglücklichen Mannes verwoben hat. Es war ein grässlicher Anblick, und das Allerschlimmste war, der Mann war ein kleiner Postbeamter, war eigentlich in der ganzen Stadt als alter Sozialdemokrat und überhaupt nicht als Nazi bekannt. Das war der erste Schock, den wir hatten, und wir wurden dann – soweit ich mich erinnern kann – in zwei Kolonnen abgeführt.



Überstellung von Deutschen und angeblichen Kollaborateuren in Sammellager, Prag im Mai 1945 (Foto: Nationalarchiv Prag)

Meine Kolonne zum Bahnhof. Wir mussten dort eine Weile warten, gingen dann hinter dem Bahnhof unter den Gleisen, dort war ein Durchbruch Richtung Stankowitz, da war ein Feldweg und oben, wo heute der Autohof ist, das war damals leer und unbebaut und auf dem Hügel mussten wir warten, bis die nächste Kolonne kam, und unsere Posten haben gesagt: „Gebt eure Uhren her, ihr werdet nie mehr welche brauchen.“ Da warteten wir, bis die nächste Kolonne anmarschierte, und wir sind dann in Sechserreihen unter Bewachung von berittenen Soldaten nach Postelberg geführt worden und

kamen dort erst am Nachmittag an. Die Stadt machte für mich einen geisterhaften Eindruck, sie war völlig leer, es war kein Mensch auf der Straße, und wir wurden dann in die Kaserne und auf den Kasernenhof geführt, und dort hieß es: „Setzt euch.“ Wir mussten uns niedersetzen, und dann hat sich eigentlich am Rest des Sonntags – es kamen immer wieder Kolonnen, auch von den Dörfern – nicht viel bewegt. Nachts mussten wir auf dem Pflaster schlafen, so wie wir waren, wie wir kamen; viele im Sonntagsanzug, denn es war ja Sonntag, der 3. Juni.

Auszug aus dem Geheimbericht des Prager Innen- und Verteidigungsministeriums von 1947: Nach Informationen kam es von deutscher Seite zu einigen provokativen Taten gegen die tschechoslowakische Armee. Aus diesem Grunde gab der damalige Standortkommandant von Saaz, Oberstleutnant Dut, der jetzige Befehlshaber einer Einheit in Niemes, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskommission, Dr. Petrášek, eine Bekanntmachung heraus, nach der die Deutschen an einem bestimmten Ort konzentriert werden sollten.



Erste Seite des Geheimberichtes des Innen- und Verteidigungsministeriums von 28. Juli 1947 zum Fall Saaz und Postelberg, Ausriss (Archiv der Sicherheitsformationen des Innenministerium der Tschechischen Republik, Außenstelle Kanice bei Brünn)

Diese Konzentrierung führten in Saaz die Mitglieder der ersten tschechoslowakischen Division aus, unter Befehl von Hauptmann erný und Hauptmann Jan Zícha, der als Nachrichtenspezialist den Namen Petrov hatte. Nach Ermittlungen des Ministeriums für nationale Verteidigung und des Innenministeriums, die bisher als vorläufig angesehen werden müssen, hat sich der

Genannte keiner der Taten schuldig gemacht, die ihm heute zugeschrieben werden. Es besteht die Vermutung, dass es deshalb so ist, weil Zícha der einzige Offizier ist, der in dieser Gegend verblieb und der außerdem die wichtige Funktion des Vorsitzenden des Kreisnationalausschusses innehat.

Archiv der Sicherheitsformationen des Innenministerium der R-KA, f. A2/ 1, Kart. 58/ 1765

Was sonst noch geschah in Saaz: *Nur Stunden vor Kriegsende war ein Evakuierungstransport aus dem KZ Theresienstadt durch die Stadt gezogen. Er hatte Seuchenopfer und Schuldgefühle hinterlassen. Auch wurde eine Gruppe schlesischer Kleinkinder vom Kriegsende in Saaz überrascht und von den Russen unter Todesdrohungen auf Saazer Familien verteilt. Eine unbekannte Zahl von Menschen wurde am Wochenende des 2./ 3. Juni an der südlichen Mauer des „Neuen Friedhofs“ erschossen. In einem Massengrab sollen knapp hundert Menschen, darunter im Lazarett verstorbene Soldaten, liegen. Etwa fünfzig Personen wählten in diesen Tagen aus Angst vor Schlimmerem den Freitod.* Sinngemäß aus den Erinnerungen von Peter Klepsch.

Bericht der Kommandantur der Landesgendarmarie Komotau für die Prager Landeskommandantur über die Situation im Bezirk Saaz von 20. Juni 1945: Am Sonntag, den 3. Juni 1945 haben Abteilungen der tschechoslowakischen Armee eine Säuberung in der Stadt durchgeführt. Es wurden deutsche Männer im Alter von 13-65 Jahren mit Begleitung des Militärs in Arbeitslager in Saaz und Postelberg gebracht. Die Zahl betrug ungefähr 5.000 Männer.

Am 13. Juni hatte die Standortkommandantur in einer Kundmachung angeordnet, dass alle deutschen Frauen mit ihren Kindern, ohne Rücksicht auf den Altersunterschied, sich bis 10 Uhr am Vormittag in den ehemaligen SS-Kasernen in Saaz einzufinden haben. In ihrem Gepäck wurden Wertgegenstände wie Gold und Schmuck gefunden, die ihnen abgenommen und zu diesem Zweck der Kommission übergeben wurden. So wurden mehrere Kisten Gold und wertvoller Schmuck im Gebäude der Nationalbank in Saaz abgegeben. Die Personen wurden dann nach Alter und Arbeitsfähigkeit in Arbeitsabteilungen eingeteilt.



Kundmachung von 13. Juni 1945 für die Lagereinweisung der weiblichen Bewohner von Saaz (Foto: Regionalmuseum Saaz)



Historische Ansicht von Saaz, 1932 (Foto: Privatchiv)

Die Sicherheitsverhältnisse werden langsam besser. Eine ziemlich bedeutsame Zahl von tschechischen Interessenten, Gewerbetreibenden und Landwirten sind noch mit der Besiedlung von Stadt und Land abwartend. Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln ist befriedigend auf der Grundlage von Lebensmittelkarten geregelt. Im Monat Juni 1945 ist bei den internierten Bewohnern in mehreren Fällen Bauchtyphus ausgebrochen. Der Abteilungskommandant.

Quelle: ABS-Ka, f. A 14, kart. 1, i, j. 6

Postelberg (Postoloprty)

„**Postelberg errichtet Denkmal.** Gedenken in Böhmen an internierte und getötete Deutsche. Die nordböhmische Stadt Postelberg (Postoloprty) errichtet den Opfern eines der schlimmsten Nachkriegsverbrechen ein Denkmal. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Stadtrat auf der Grundlage der Empfehlung einer Expertenkommission, der Tschechen, Deutsche und Vertreter der jüdischen Gemeinde angehörten. Die tschechische und deutsche Inschrift soll lauten: »Allen unschuldigen Opfern der Ereignisse in Postelberg im Mai und Juni 1945«. Damals hatte eine Einheit der 1. tschechoslowakischen Division im Zuge der Erfüllung des Befehles, »das Terrain von feindlichen Elementen zu säubern«, die Deutschen in Kasernen und in einem früheren deutschen Internierungslager in Postelberg konzentriert, unter ihnen 5.000 Männer aus Žatec (Saaz). Dort wurden sie ausgepeitscht und gefoltert, es gab öffentliche Hinrichtungen. 1947 wurden aus Massengräbern 763 Skelette exhumiert. Die Errichtung des Denkmals in Postelberg ist ein großer Erfolg des in Frankfurt ansässigen Fördervereins der Stadt Saaz/ Žatec, der sich seit Jahren dafür einsetzt. Unter anderem hat der Förderverein eine Wanderausstellung zu den Vorgängen in Postelberg zusammengestellt, die in mehreren böhmischen Städten gezeigt wurde. Der Vorsitzende des Vereins, Otokar Löbl, hatte auch den Antrag an den Stadtrat formuliert, der jetzt in leicht modifizierter Form angenommen wurde.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 5. November 2010)



Gedenkplatte auf dem Postelberger Friedhof (Foto: Förderverein der Stadt Saaz)



Internierungslager für Deutsche 1945, unbekannter Ort (Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Im Laufe des Mai 1945 entstanden in der befreiten Tschechoslowakei improvisierte Gefängnisse ähnlich den Nazi-KZs und den sowjetischen Gulags. Dort wurde die deutsche Bevölkerung einschließlich Kindern gewaltsam untergebracht. Bis Oktober 1945 sind mindestens 500 solcher Lager entstanden. Zumeist wurden von Deutschen errichtete Arbeitslager, KZs und Kasernen genutzt. Dort wurden Personen zusammengeführt, die verdächtigt oder beschuldigt wurden, an Naziverbrechen beteiligt gewesen zu sein, und die zum „Transfer“ oder zur Zwangsarbeit vorgesehen waren. Verdächtig wurden grundsätzlich alle Deutschen, auch Frauen und Kinder, insbesondere aber Beamte und Soldaten. Später kam es zu einer Differenzierung in Sammel- und Arbeitslager, je nach dem Wirkungsbereich der einzelnen Bezirksnationalausschüsse und Bezirksverwaltungskommissionen.



Historische Ansicht der ehemaligen Reiterkaserne in Postelberg (Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Obwohl für die Bewachung und den Betrieb der Lager vom Innenministerium allgemeine Vorschriften erlassen worden, waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen dort meist schlecht bis katastrophal. Das Wachpersonal, das aus Angehörigen der tschechoslowakischen Volksarmee, des Korps der Nationalen Sicherheit (SNB) – das war die neu gebildete Volkspolizei – und vor allem aus den freiwilligen Zivilisten der sogenannten „Revolutionsgarden“ bestand, ging mit den internierten Personen oft rücksichtslos und grausam um. Davon zeugen nicht nur die schrecklichen Ereignisse in Postelberg, Saaz und Umgebung, sondern im ganzen nordböhmischen Grenzgebiet.

Postelberg (Postoloprty)

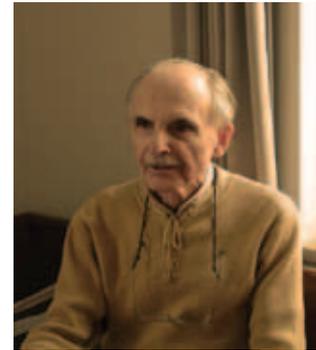
Hans Jäckl, ehemaliger Insasse des Lagers Postelberg:

Am 4. Juni 1945 mussten wir aufstehen, unsere Oberkörper entkleiden und in Reihe antreten zum Abgeben der Schmuckstücke, der Ringe und der Uhren. Diese wurden in Tüten gesteckt und in Körbe geworfen. Wir mussten die Hände heben, damit kontrolliert wurde, ob jemand eine Tätowierung* hat. Wer eine solche Tätowierung hatte oder wer sonst irgendwie aufgefallen ist, wurde in ein abgezauntes Karree im Hof der Kaserne hineingetrieben. Ich sah dort die beiden Studienräte Dr. Enders und Dr. Herrmann. *Gemeint ist eine SS-Tätowierung o. ä.

Während der darauf folgenden Nacht ertönten Schreie und Schüsse. In der Morgendämmerung hörten wir dann einen Ruf, später wurde mir erklärt, das hätte „Všechno na své místo!“ geheißen, also: „Jeder auf seinen Platz!“. Dieses Kommando war eigentlich sinnlos, aber die Männer dort in der Mitte verstanden es als Kommando zum Aufstehen. Die Posten waren beunruhigt und schossen hinein. Es ertönten wieder Schreie und Flüche, aber das war noch in der Nacht. Am Morgen wurden dann die Toten und Verletzten herausgeschleppt und in die Schutzgräben am Rande des Kasernenhofes geworfen, und wer noch lebte, bekam noch einige Schüsse hinterher. Man kann sagen, dass in diesen Tagen generell jede Verwundung den Tod bedeutete; auch jeder Schwächeanfall. Mein Vater saß erstarrt neben mir. Ich rührte meinen Kopf nicht, um nicht aufzufallen. Es war eine bedrückende Stille in dem ganzen Hof. Plötzlich erhob sich ein Mann und rief, er sei Offizier gewesen und wolle als solcher behandelt werden. Er wurde vom Kommandanten des Hofes, den sie Marek nannten, an die Gräben geführt und von hinten erschossen.

Am 3. oder 4. Tag, das weiß ich jetzt nicht mehr genau, hieß es, junge Männer sollen sich am Eingangstor melden. Ich vermutete, dass es zu einem Arbeitseinsatz ging, und wollte loslaufen. Aber mein Vater hielt mich zurück und sagte, „wenn ich hier nicht mehr herauskomme, übergebe ich Dir die Verantwortung für die Familie“. Und das hat mich irgendwie erschüttert. Aber dann gab er mir die Hand und ich lief los, kletterte auf den Lastwagen, der am Tor wartete, und wir wurden zum Flugplatz in Stankowitz gefahren. Dort mussten diese jungen Deutschen – es werden etwa 30 gewesen sein – die schweren Bomben, die im Gelände gelegen hatten, zusammenschleppen. Es gelang uns; es explodierte keine.

Zu Mittag gab es tatsächlich Suppe und ein Stück Brot, und wir mussten bis zum Abend weiterschleppen. Am Abend wurden wir mit dem Lastauto wieder in die Kaserne nach Postelberg zurückgefahren. Ich suchte meinen Vater am selben Platz, aber er war nicht mehr da. Danach ertönten Kommandos und wir wurden in die Kasernengebäude hineingetrieben, also in die Ställe und in die Gänge. Ich fand Platz an einem vergitterten Fenster und schaute hinaus. Ich sah, dass aus dem abgezaunten Karree die Männer herausgetrieben wurden. Sie mussten sich im Kasernenhof aufstellen, etwa acht oder zehn nebeneinander, die Arme einhängend und wartend. Um die Kolonne herum waren Tschechen mit Maschinenpistolen, also Soldaten. Sie stellten sich auf, und wenn ich mich recht erinnere, waren auch noch berittene Soldaten mit Maschinenpistolen um die ganze Gruppe herum. Über diese Reiter bin ich aber nicht ganz sicher.



Hans Jäckl aus Saaz, geboren 1928 in Komotau, ehemaliger Insasse des Lagers Postelberg (Foto: Privatarhiv)



Der Lagerkommandant in Postelberg Bohuslav Marek (zweiter von links) und seine jugendlichen Gehilfen (Foto: Privatarhiv Heimatkreis Saaz)

Als die Sonne versunken war, wurde das Kasernentor, das Hoftor geöffnet, und die Gruppe marschierte hinaus. Ich schätze, dass es etwa 800 Männer gewesen sein dürften. Vielleicht auch etwas mehr. Ich sah meinen Vater nicht, aber ich hatte wohl Grund anzunehmen, dass er unter diesen Männern war. Dieses Erleben hat mich seelisch verändert. Ich habe jahrzehntelang darunter gelitten. Ich habe eigentlich von diesem Abend an auf dem Kasernenhof nichts mehr aufgenommen. Es mag noch mehr passiert sein, es ertönten weiter Schreie und Schüsse und Flüche, aber ich nahm nichts mehr auf, ich weiß nur, dass wir nach etwa einer Woche uns aufstellen mussten, aus der Kaserne herausgeführt wurden und sich die Marschkolonnen wieder in Richtung Saaz in Bewegung setzten.*

Auf dem Marsch nach Saaz ging vor mir in der Reihe ein Mönch, ein ziemlich dicker Mönch. Er wurde von seinen Nachbarn gestützt, aber ich sah, dass er nicht mehr konnte. Schließlich trat er aus der Reihe hinaus und setzte sich an den Straßenrand. Ein Soldat trat hinter ihn und erschoss ihn. Er rollte in den Straßengraben und niemand kümmerte sich darum.“ *Hans Jäckels Vater war Gymnasialdirektor in Saaz und musste als Hitler-Gegner an die Ostfront; vermutlich wurde er erschossen, weil er sich als Soldat zu erkennen gab.



Das Haus der Kommandantur der OBZ im Sommer 1945 in Postelberg (Privatsammlung E. Vacek)

Das Ausmaß der sogenannten Säuberungsaktionen im Saazerland erregte die Aufmerksamkeit des Internationalen Roten Kreuzes. Zwei Jahre später kam es aufgrund einer Reihe von anonymen Anzeigen zur Intervention mehrerer nicht-kommunistischer Abgeordneter der Nationalen Volksversammlung der Tschechoslowakei. Anfang Juli 1947 wurde eine Kommission unter der Leitung von JUDr. Bohumír Bunža gebildet, der Mitglied des Sicherheitsausschusses der Verfassungsgebenden Volksversammlung (ÚNS) war. Am 30. und 31. Juli 1947 fand in den Räumen des Saazer Bezirksgerichts eine Untersuchung der Vorfälle in Saaz und Postelberg mit Verhören der Beteiligten statt. Es wurde daraufhin eine Exhumierung der Massengräber angeordnet, die vom 17. bis 27. September 1947 unter strenger Geheimhaltung durchgeführt wurde. In Anwesenheit von Mitgliedern des Innenministeriums, des Landeskommandos der SNB (Korps der Nationalen Sicherheit) in Prag, des Bezirksgerichts Brüx und von Spezialisten der Gerichtsmedizin konnten 763 Leichen geborgen werden. Die

Mehrheit der exhumierten Körper wurde in den Krematorien Brüx, Karlsbad und Aussig verbrannt, und ein kleinerer Teil wurde in Loun beerdigt. Aber auch dieser fürchterliche Fund und das Eingeständnis, daß in Postelberg „tatsächlich Gräueltaten“ verübt wurden, führte nicht zu einer Bestrafung der Täter. Verteidigungs- und Innenministerium rechtfertigten die Taten als gerechte revolutionäre Vergeltung.

Die Zahl der Opfer im Saazerland wird in einem anderen geheimen Untersuchungsprotokoll, diesmal der Kreisstelle des Staatssicherheitsdienstes Brüx (Most) vom 13. August 1947, mit mindestens 1.200 Toten angegeben. Knapp vier Jahre später wurden im Vernehmungsprotokoll des Hauptmanns der Reserve Vasil Kiš vom 2. Mai 1951 weitere Erschießungen einer großen Zahl von Zivilisten und Kriegsgefangenen dokumentiert. Es bekam ebenfalls den Geheim-Stempel. Da die Exhumierungen 1947 vorzeitig abgebrochen worden sind, kann die tatsächliche Zahl der Opfer bis heute nicht genau beziffert werden.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses JUDr. B. Bunža wurde nach der Auflösung der Verfassungsgebenden Volksversammlung (ÚNS) am 6. Juni 1948 auf die Liste der Abgeordneten gesetzt, die inhaftiert werden sollten, weil sie der kommunistischen Machtdurchsetzung im Wege standen. Er konnte aber rechtzeitig emigrieren und wurde so nicht zu einem späten Opfer der kommunistischen Macht im Zusammenhang mit der Mordaktion in Postelberg. In Abwesenheit wurde er am 25. November 1948 in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Er verstarb am 27. November 1990 in New York. Erst 1992 wurde er gerichtlich rehabilitiert.



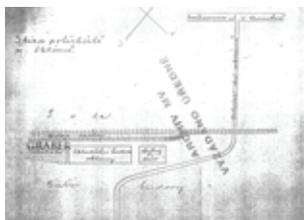
JUDr. B. Bunža, Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses betreffend die Gewaltakte von 1945 (Foto: Privatarchiv)

Komotau (Chomutov)

Am Morgen des 8. Mai 1945 wurde Komotau von den Einheiten der 13. Sowjetischen Armee besetzt, Major Nosov war ihr Kommandant. Am nächsten Tag konstituierte sich dort ein tschechischer „Nationalausschuss“ und übernahm die Stadtverwaltung. Auch das 1. Regiment der Revolutionsgarden unter dem kommunistischen Kommandanten Karel Prášil bewegte sich im Bereich Komotau. Im Juni kamen noch Soldaten der 1. Tschechoslowakischen Division aus Postelberg und eine Abteilung des militärischen Geheimdienstes (OBZ) dazu, die den Auftrag hatten, auch dieses Gebiet von Deutschen zu „säubern“. Durch öffentlichen Anschlag wurde unter Androhung der Todesstrafe allen männlichen Personen im Alter von 14-65 Jahren befohlen, sich auf dem Turnplatz Jahnwiese einzufinden. Dabei durften sie Essensrationen für drei Tage (ohne Fleisch- und Fettprodukte), Ersatzwäsche und wichtige Dokumente mitnehmen.



Historische Aufnahme vom Rathaus in Komotau (Foto: Gebietsmuseum Komotau)



Skizze der Massengräber in Komotau (Foto: Privatarhiv E. Vacek)

Um den 15. Juni 1945 führte Stabskapitän Karel Prášil in Komotau eine Konzentration der Deutschen durch. Zuerst wurden von ihm zehn Deutsche ausgesucht, die angeblich anhand der Tätowierung als SS-Angehörige identifiziert worden waren. Die Soldaten der sogenannten Prášil-Soldateska schlugen sie und führten sie auf den Sportplatz, wo sie erneut gequält wurden, so lange bis sie liegen blieben. Einer von ihnen wurde mit Filmmaterial umhüllt und angezündet. Auf Befehl des russischen Kommandanten sollte dieses Treiben auf dem Turnplatz ein Ende haben und die Leichen weggeschafft werden. Die Quälereien und Gräueltaten sind

jedoch weiter fortgesetzt worden. Die restlichen Deutschen wurden dann Richtung Reizenheim (nahe der sächsischen Grenze) abgeführt. Auf dem Weg wurden erneut 27 Personen erschossen. Die Leichen wurden auf dem Gelände der Glashütte, dem ehemaligen Sammellager, und in einem Bombentrichter unweit des militärischen Schießplatzes begraben. Es ging um ungefähr 140 Personen.

Zusammenfassung des Geheimberichts des Staatssicherheitsdienstes der Tschechoslowakischen Republik (StB) vom 25. November 1947 (Brüx/ Most 1947, Nr. S/ 1-27676-B/ 1014-47)



Skizze des Weges der Vertreibung zu Grenze und ins Lager (Privatarhiv E. Vacek)

Aus den Protokollen der Zeugenaussagen bei der Staatssicherheit geht hervor, dass es noch zu weiteren zahlreichen Misshandlungen an Deutschen kam, an denen sich Angehörige der „Revolutionsgarden“ und der Abteilung der OBZ aus Postelberg beteiligten. Dies alles war aber nur ein Vorspiel. Nachmittags wurden etwa 1.500 bis 3.000 Männer aus der Stadt Richtung Staatsgrenze geführt. Tschechische Augenzeugen bestätigen, dass von hinten erschossen wurde, wer nicht mehr gehen konnte. Die Leichen blieben achtlos am Straßenrand liegen. Die Russen verwehrten jedoch den Grenzübertritt nach Sachsen in die sowjetische Besatzungszone. Ein Teil blieb deshalb nahe der Grenze, ein anderer Teil wurde in das Arbeitslager Malthuern (Záluží) gebracht.

Über das Lager Malthuern berichtet Günter Karweina: „Je 30 oder 40 der Neuankömmlinge werden auf eine der Barackenstuben verteilt, in denen doppelstöckige Pritschen stehen. Und dann begann das Sklavenleben. Der Tagesablauf ist von tödlicher Monotonie: Wecken um 4 Uhr morgens mit Schüssen. Um 5 Uhr einstündiger Marsch zum Hydrierwerk, das jetzt „Stalinwerk“ heißt. 12 Stunden Schwerarbeit in den zerbombten Werksanlagen. Rückmarsch um 7 Uhr abends, Ankunft im Lager um 8 Uhr. Exerzieren und Lagerarbeiten bis 10 Uhr. Schlafen von 10-4 Uhr, dann wieder Wecken mit Schüssen ... unterbrochen nur von „anfeuernden“ Schlägen mit Gummikabeln.“

Katalog der Ausstellung „Damals in Komotau“, Gebietsmuseum Komotau 2007



Gebäude im Werk Glashütte 2006
(Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Andere Deutsche wurden in das Sammellager Glashütte gebracht. Hier herrschten unter dem Kommandanten der SNB (Korps der Nationalen Sicherheit) František Průcha unerträgliche Zustände. Dieser ordnete zusammen mit Stabskapitän Kasl von der OBZ Folterungen und Misshandlungen von Deutschen an, bis sie an ihren Wunden starben. Am schlimmsten war Korporal Skalický, der den Menschen bei lebendigem Leibe ein Hakenkreuz in den Rücken ritzte und in die Wunden Pfeffer und Salz streute. Die Soldaten gaben mit diesen Taten noch an und luden Leute von außerhalb des Lagers zum Zusehen ein. Es wurde auch viel geschossen. Nach Zeugnisaussagen des Tschechen J. Havel wurden die Leute erst misshandelt und dann, wenn sie so stark verletzt waren, dass eine Heilbehandlung nicht mehr möglich war, erschossen.

Über Glashütten berichtet JUDr. Herbert Schürer: *„Die ersten Einlieferungen in das Konzentrationslager, kurz genannt KZ Komotau, fanden am 30. Mai 1945 statt. Das Lager wurde in der alten Glashütte, einem außerhalb der Stadt gelegenen Fabrikgebäude, errichtet. Die Unterbringung sehr einfach. Kein Stroh als Lager. Auf dem Zementfußboden wurde geschlafen ohne Decken oder sonstige Bequemlichkeiten. Die Behandlung unmenschlich. Masseneinlieferungen fanden am 5. und 6. Juni 1945 statt. Die Eingelieferten waren aus Komotau oder der nächsten Umgebung und waren alle ehemalige Parteifunktionäre oder Führer von Gliederungen. In der Nacht vom 6. zum 7. Juni 1945 fanden in diesem Lager Massenerschießungen statt. Eine genaue Zahl kann nicht festgestellt werden, nach vorsichtiger Schätzung dürften es 67 Mann gewesen sein. Auch ein in derselben Nacht von Görkau nach Komotau überstellter Trupp ehemaliger SA-Angehöriger wurde mit erschossen. Die erste Wache, als Revolutionsgarde bezeichnet, bestand aus den Soldaten, die ich namentlich benennen kann. Diese Wachmannschaften stammten fast alle aus der Gegend von Kladno. Eine Berühmtheit erreichte der Igor, der als Totschläger, Watschenmann bekannt wurde. Bei Appellen, besonders wenn einer geflüchtet war, wurde besonders auf die Handschrift von Igor hingewiesen. Igor war als Auslandsarbeiter (Polen oder Ukraine) nach Deutschland gekommen und in Malkau, Sägewerk Holley, beschäftigt.“*

Katalog der Ausstellung „Damals in Komotau“, Gebietsmuseum Komotau 2007



Werk Glashütte 2006 (Foto: Privatarchiv E. Vacek)

Nach einer Sitzung im Innenministerium am 9. Mai 1947 wurde die Abteilung des Staatssicherheitsdienstes (StB) angewiesen, diese Vorfälle nicht weiter zu untersuchen, da sie unter das Gesetz Nr. 115/1945 falle. Dieses Gesetz (Straffreistellungsgesetz) besagt: „Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre“. Am 3. Juli 1947 wurde jedoch diese Anweisung wieder aufgehoben; die Abteilung sollte ihre Untersuchungen fortführen und die Schuldigen der Staatsanwaltschaft zu Bestrafung übergeben. Die Untersuchungen wurden tatsächlich fortgesetzt, die Akten dann jedoch als geheim eingestuft. Keiner der darin Beschuldigten wurde je zur Rechenschaft gezogen.



Marktplatz von Komotau, um 1925 (Foto: Gebietsmuseum Komotau)

Kaaden – Duppau (Kadaň – Doupov)

„Am Dreifaltigkeitstage, eine Woche nach Pfingsten, kam ein Bus mit dreißig tschechischen Gendarmen nach Duppau. Am Tage darauf begann das Morden ... Der Leiter der Duppauer Oberschule, Oberstudiendirektor Andreas Draht, wurde in SS-Uniform lebendig in der Oberschule eingemauert. Studienrat Hotek wurde acht Tage lang täglich dreimal unmenschlich geprügelt und dann halbtot aufgehängt. Studienrat Wenisch wurde ... zum Krüppel geschlagen und dann erschossen. Ebenso erging es Dipl. Ing Neudörfel ... Etwa 400 Personen waren, eng zusammengepfercht, im Luftschuttkeller der Oberschule eingesperrt. Insgesamt soll dieses Mordkommando in Duppau 284 Personen auf dem Gewissen haben. Die Opfer wurden in mehreren Massengräbern auf dem Sportplatz der Oberschule verscharrt.“ (Emil Franzel: Die Vertreibung – Sudetenland 1945-1946. München, Aufstieg-Verlag 1993)

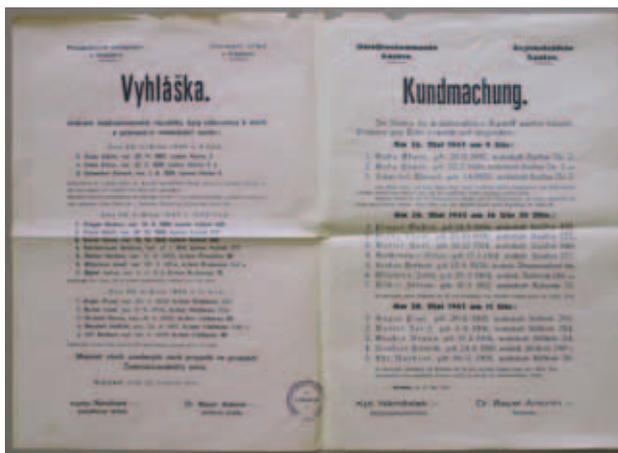


Historische Ansichtskarte von Duppau bei Kaaden (Foto: Städtisches Museum Kaaden)

Die Zahlen werden von Tomáš Stank als unwahrscheinlich erachtet („Nachkriegsexzesse in den böhmischen Ländern im Jahre 1945 und ihre Untersuchung“, Heft 41/ 2005, S. 142, hg. Institut für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik)

Bericht der deutschen Kommunisten in Kaaden an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KP) im Mai 1945 (Auszug): „Die Lage ist ernst, die deutschen Kommunisten, die weit zahlreicher als die tschechischen Genossen sind, entfalten eine große Initiative im Sinne einer internationalen Bewegung. Die tschechischen Genossen, die hier waren, konnten die deutschen Genossen nicht überzeugen und forderten die sofortige Entsendung einer Delegation, die die Angelegenheit mit den deutschen Genossen regelt. Unter den Tschechen dominieren die tschechischen Sozialisten. Ohne Unterstützung der deutschen Antifaschisten ist unsere Position in der Stadt schwach. Das Eingreifen der Zentrale wird gefordert. Die deutschen Genossen leisten Sicherheitsdienst in der Stadt, wobei vor einigen Tagen zwei Genossen von den Nazis erschossen wurden.“

Nationalarchiv NA, f. 100/ 1, sv. 49, a. j. 374, fol. 8-9



Kundmachung der Erschießungen in Kaaden (Foto: Städtisches Museum Kaaden)

Bericht der Staatssicherheit Brüx (Most) vom 21. August 1947 über die Nachrevolutionereignisse in Kaaden (Auszug): „An diesem Ort wurden, soweit dies zu ermitteln war, insgesamt 72 Personen hingerichtet, alle deutscher Nationalität. Es ging überwiegend um Funktionäre der NSDAP und Angehörige der SS, die im umliegenden Wald oder direkt in den Wohnungen der Deutschen versteckt waren und die Waffen behalten hatten. Einer von ihnen war ein Tscheche, der freiwillig bei der SS diente. Die Motive dieser Hinrichtungen waren Schwierigkeiten der tschechischen Bevölkerung, die Verwaltung in ihre Hände zu bekommen, da sich die deutschen Bewohner

mit allen möglichen Waffen gegen die Besetzung der Stadt wehrten. Aus diesem Grund war es zur Abschreckung notwendig, diese Hinrichtungen durchzuführen, so dass die anderen Deutschen ihre Waffen und Munition, die sie in größerer Menge besaßen, abgeben.“



Hof des Kaadener Gerichts mit Gefängnis, Aufnahme aus der Ersten Republik
(Foto: Städtisches Museum Kaaden)

Zur Abschreckung wurden hingerichtet: Am 25. Mai 1945 die deutsche Familie Guby. Die Hinrichtung wurde öffentlich auf dem Marktplatz durchgeführt. Am 26. Mai 1945 wurden zehn Deutsche im Hof des Bezirksgerichtes in Kaaden hingerichtet und am 28. Mai an der gleichen Stelle fünf Deutsche. Die Hinrichtungen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Nach der Ankunft der tschechoslowakischen Auslandsarmee hatte Major Svoboda die Befehlsgewalt in Kaaden übernommen. Für die Einhaltung der Ruhe und Ordnung wurden weitere Hinrichtungen angeordnet, die wieder im Hof des Bezirksgerichtes und unter Ausschluss

der Öffentlichkeit durchgeführt wurden. Zu diesen Hinrichtungen wurden wieder Deutsche ausgesucht nach den oben genannten Kriterien. Von 31. Mai bis zum 12. Juni wurden 54 Deutsche hingerichtet. Diese Hinrichtungen wurden mit einer Kundmachung in deutscher und tschechischer Sprache bekanntgegeben. Es wurden die Namen, Geburtsdaten und die Wohnstätten der Personen genannt. Die Kundmachungen wurden von Hauptmann Námstek, der Kommandant der Kaadener Garnison war, und dem Leiter der Bezirksverwaltungskommission (OSK), Dr. Antonín Bayer, unterschrieben. Später unterschrieb sie Major Svoboda selbst. Mit der Beerdigung der Hingerichteten wurde die örtliche Verwaltungskommission beauftragt, die von einem Deutschen am örtlichen Friedhof durchgeführt wurde, der später nach Deutschland abgeschoben wurde. ABS-Ka, f. A 2/ 1, kart. 57, i. j. 1765

Dr. med. Christiane Brückner erinnert sich: *“Ich selbst war Zeuge in Totzau. Totzau ist ein kleiner Ort, liegt etwa 600 m hoch im Duppauer Gebirge. Es hat etwa 600 Einwohner gehabt. Dort spielten sich 1945 sehr schlimme Ereignisse ab. Ich war Zeugin, wie vor unseren Augen zwanzig Männer aus dem Ort erschossen wurden. Sie wurden herausgesucht, wahllos, wurden an eine Wand gestellt, an einen Schuppen, wurden geschlagen und gequält. Ein siebzehnjähriger Junge wurde mit dem Kopf unter Wasser getaucht und wieder hochgezogen, und dann kam das Kommando, dass sie erschossen werden sollen. Die Männer fielen um, und die anderen Dorfbewohner mussten sie am Friedhof in ein Massengrab werfen. Die Schützen trugen keine korrekte Militäruniform. Sie war zusammengewürfelt aus roten Tüchern und auch zum Teil deutschen Uniformen.*



Totzau, historische Ortsansicht
(Foto: Städtisches Museum Kaaden)

Die Männer waren tot, aber ich muss der Ehrlichkeit halber sagen, dass die Ereignisse am 2. Juni für mich persönlich noch viel schlimmer waren, als wir antreten mussten und uns gesagt wurde, wir werden heute alle erschossen.

Wir standen also da, ich war etwas größer als die anderen und ich hatte Angst, als erste getroffen zu werden. Ich ging deshalb ständig in die Knie, damit ich mit den anderen gleich groß war, damit ich nicht als erste erschossen werde. Ich wollte mit den anderen erschossen werden. Es hat eine Zeit lang gedauert, der Kommandant hat eine Rede gehalten, ihr werdet heute alle erschossen, das ganze Sudetenland muss krepieren, ich kann Blut sehen. Blut ist mein Bruder, ich habe keine Angst ... und so ging das weiter. Und wir standen da, zitternd und voller Angst. Da hieß es, wir müssen antreten, und ich dachte, sie führen uns zu einem Massengrab und werden uns dort erschießen. Dann sind wir zum letzten Haus des Dorfes geführt worden. Dort lag die ganze Familie, drei Kinder und das Ehepaar, also fünf Personen, erschossen im Flur. Und da mussten wir vorbeigehen, die Leichen waren beleuchtet, und ich vergesse nie die vielen Einschüsse an den Toten, wahrscheinlich von Maschinengewehren. Wer nicht hinsah, musste umkehren und musste noch einmal hinschauen. Dann wurden wir nach Hause geschickt.

Zeitzeugenaussage vom 13. August 2005 in Georgensgmünd/ Mittelfranken (Auszug)

Aussig (Ústí nad Labem)



Bewachung der Munitionsfabrik (ehemaligen Zuckerfabrik) im Aussiger Stadtteil Schön-priesen (Krásné Březno) nach der Explosion (Privatsammlung E. Vacek)

Das Kriegsende in Aussig war friedlich. Trotz der nahen Grenze gab es dort keine Kampfhandlungen. Am Tag zuvor, am 7. Mai 1945, hatten ansässige Tschechen und einige Deutsche bereits einen „Nationalausschuss“ gegründet. Diesem unterstellte sich noch in der Nacht die deutsche Polizei. Am Tag des Waffenstillstands dann übergab der bisherige Oberbürgermeister Franz Czermak dem Nationalausschuss nach kurzen Verhandlungen die Leitung der Stadt. Um 14 Uhr informierte eine zweisprachige Meldung im örtlichen Rundfunk die Bevölkerung über diesem lokalen Regierungswechsel. Die Deutschen wurden aufgefordert, weiße Bettlaken als Zeichen der Kapitulation in die Fenster zu hängen. Der Krieg war für Aussig somit zu Ende.

Die friedliche Stimmung täuschte jedoch. Als die „Rote Armee“ am Nachmittag des 9. Mai in die bereits befreite Stadt einzog, schossen SS-Männer auf der Flucht panisch um sich, es gab erste Tote. In den folgenden Monaten – die sowjetischen Soldaten blieben bis Oktober – kam es immer wieder zu Übergriffen gegen die deutsche, aber auch tschechische Bevölkerung von sowjetischen Soldaten, die nach Essbarem und Wertvollem suchten. Noch im Mai 1945 wurden die ersten Deutschen aus der Region über die nahe Grenze nach Sachsen getrieben. Ende des Monats begannen dann registrierte Sammeltransporte mit der Bahn, bei denen Gepäck mitgenommen werden durfte. In diesen Wochen begingen viele Deutsche Selbstmord – 63 waren es laut Aussiger Sterbematrikel vom 9. Mai bis 31. Juli.

Eine zwanzigminütige Explosion in der ehemaligen Zuckerfabrik im Stadtteil Schön-priesen (Krásné Březno), in der eine Munitionsfabrik untergebracht war, führte zu einem schrecklichen Massaker an der Aussiger Elbbrücke. Dies geschah am Dienstag, den 31. Juli 1945 um 15.45 Uhr. 33 Personen – sechs Soldaten der tschechoslowakischen Armee, ein tschechischer Arbeiter sowie 26 deutsche Männer und Frauen – kamen ums Leben, mehrere wurden verletzt. Bei darauf folgenden Ausschreitungen in der Innenstadt und auf einer der Elbbrücken, von der deutsche Zivilisten in die Elbe geworfen wurden, starben nach Schätzungen tschechischer Historiker 40 bis 100 Menschen. Die deutschen Schätzungen liegen mehr als doppelt so hoch. Für die meisten Deutschen in Aussig kam die blinde Wut der Tschechen überraschend.



Explosion in der Aussiger Munitionsfabrik (ehemaligen Zuckerfabrik) am 31. Juli 1945 (Privatarchiv E. Vacek)

Bericht des Augenzeugens K. H. aus Prag über den 31. Juli 1945 in Aussig: „Nach Aussig kam ich am 30. Juli zur Schwester meiner Mutter. Da in der Umgebung Obst zu bekommen war, fuhr ich mit einem großen Koffer. Als ich zum Zug ging, hörte ich eine laute Explosion und sah Rauch. Bereits im Zug hörte ich aus der Entfernung Schüsse von Maschinengewehren. Nach Aussig sind wir gegen 16:30 gekommen. Wir erfuhren, dass in der Stadt ein Pogrom gegen Deutsche läuft, die die Explosion verursacht haben sollen. Beim Verlassen des Zuges ging ich zwischen mehreren jungen Menschen, die mich fragten: »Bist du Deutscher oder Tscheche?« Ich sah, wie sie zwei ältere Männer wegschleppten und sie schlugen. Ich konnte nicht begreifen, was los war. Überall waren Stöcke, Krücken, Taschen und mit Blut beschmierte Kleidung, Hüte, Prothesen, abgetrennte Ohren und viel Blut. Ein junger Mann schrie mich an: »Was für einer bist du denn!« Er schrie drohend. Ich stand da und sah das Chaos, da trat ein älterer Herr zu mir und sagte, dass es am schlimmsten hier vor den Bahnhof war, als die Deutschen vom Zug kamen. Ich sah es.“



Zeichnerische Darstellung des Massakers auf der Brücke in Aussig durch einen Zeitzeugen (Foto: Freundeskreis Aussig)

Vom Bahnhof ging ich zur Brücke, von der noch einzelne Schüsse zu hören waren. Vor der Brücke sah ich einen großen jungen Mann mit weißem Hemd und mit Stiefeln, der eine lange Stange hielt, auf deren Ende ein großer Nagel war. Die Stange und sein Hemd waren voller Blut. Er sah mich siegessicher an und prahlte: »Mit der habe ich die Germanen liquidiert.« Die Zahl, die er genannt hat, merkte ich mir nicht. Ich sagte: »Das ist doch furchtbar.« »Was ist furchtbar«, schrie er, »willst du mit ihnen gehen?« In der Nähe sah ich einen Haufen von Frauenkörpern. Eine von diesen gelynchten Frauen hob den Kopf, sah mich mit einem unbegreiflichen und trüben Blick an. Wahrscheinlich war sie schon im Todeskampf. Ich ersuchte einen Zivilisten, mit seinem Gewehr ihr Leiden zu beenden. Es gelang ihm erst beim dritten Schuss. Noch nach dem zweiten hob sie den Kopf und sah mich wieder an. Noch heute sehe ich im Geiste diesen Blick. Auf der Brücke sah ich die Soldaten der Svoboda-Armee. Am Ufer lagen tote Körper der erschossenen Opfer. Wie ich zu meiner Tante kam, weiß ich nicht mehr. Sie sagte mir, dass sie Angst um ihre Nichte hätte. Ich kannte sie nicht. Aber auf einem gerahmten Foto erkannte ich, dass es die junge Frau war, die mich vor der Brücke angesehen hatte. Der Tante habe ich das nicht gesagt.“

Zeugenaussage aus dem Archiv der Stadt Aussig in deutscher Übersetzung



Verteidigungsminister Ludvík Svoboda
(Foto: Privatarhiv E.Vacek)

Eine Regierungskommission zur Untersuchung der Explosion traf bereits am folgenden Tag in Aussig ein. Sie wurde von General Svoboda und Innenminister Nosek geführt, konnte aber die Ursache der Explosionen nicht ermitteln. Trotzdem erkannte General Svoboda darin eindeutig das Werk des deutschen „Werwolfs“* und erklärte: „Wir müssen ein-für-allemal mit der fünften Kolonne abrechnen. Dabei können wir uns an der Sowjetunion ein Beispiel nehmen, die uns das als einzige vorgemacht hat. Als Beispiel nenne ich den Fall der deutschen Wolgarepublik in der Sowjetunion. Als in einer Nacht mehrere Fallschirmspringer dort landeten und diese trotz einer letzten Aufforderung nicht ausgeliefert wurden, hatte sie aufgehört zu existieren und wird nie mehr existieren.“ (Zeitung Předvoj vom 4. August 1945)

Die These, dass die Explosion vom tschechischen Geheimdienst inszeniert war, wird u. a. vom Historiker Otfrid Pustejovsky (Waakirchen) vertreten. Ihmzufolge war Stabskapitän Bedřich Pokorný der Organisator dieses Verbrechens, Leiter der Abteilung „Z“ im Innenministerium für den politischen Nachrichtendienst, die mit 73 Personen besetzt war, und ein naher Mitarbeiter des OBZ-Leiters Bedřich Reicin. In der Nacht nach der Explosion kam Pokorný nach Aussig, um Verhöre zu durchzuführen. Am 2. August präsentierte er der Presse die Geschichte von einem Explosionsatz („Höllmaschine“), der von der Organisation „Werwolf“ gelegt worden sei. Er wusste dazu allerlei Details, obwohl am Tatort keine Spuren gefunden wurden. Der Historiker Adrian von Arburg (Brünn) hält dies für ziemlich unwahrscheinlich, denn es gäbe auch nicht andeutungsweise Belege für Pustejovskys These.



Stabskapitän und Abteilungleiter im Innenministerium Bedřich Pokorný
(Foto:Privatarhiv E.Vacek)

Otfrid Pustejovsky: Die Konferenz von Potsdam und das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945. Untersuchung und Dokumentation. München 2001; Archiv der Sicherheitsinformationen des Innenministeriums Fond 304-226-2.

Sicher ist nur, dass Svoboda und Pokorný aus dem Unglück maximalen politischen Profit schlagen wollten. Am 31. Juli 1945 tagten die Siegermächte noch in Potsdam – die Konferenz endete am 2. August – und da konnte die Nachricht über eine Bombenlegende deutscher Freischärler im Sudetenland den Verbündeten die Entscheidung für einen schnellen „Transfer“ der Deutschen erleichtern.

Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov)

Die Partisaneneinheit „Pěst“ führte gemeinsam mit den örtlichen Sicherheitsorganen, der Gendarmerie und später mit dem 1. Bataillon der Armee (Panzerzug) im Gebiet Teplitz-Schönau die ersten „Säuberungen“, d. h. Aussiedlungen von Deutschen durch. Ende Mai 1945 wurde mit der „Evakuierung“ der Reichsdeutschen begonnen und Anfang Juni mit der „Abschiebung“ der alteingesessenen deutschen Bevölkerung. Teplitz wurde zu einem wichtigen Zentrum für die Annahme und weitere Verteilung der Transporte in Richtung Zinnwald (Sachsen). Die Quellen belegen, dass bis Mitte August aus diesem Gebiet an die 30.000 Deutsche „ausgesiedelt“ wurden. Spätestens ab Mitte Juni lagen die Aussiedlungen fest in der Hand der regulären Armee.



Grenzübergang Petersdorf (Bezirk Deutsch Gabeln) in Lausitzer Gebirge während der wilden Vertreibung (Foto: Bezirksarchiv Reichenberg)

Bericht der Tschechoslowakischen Armee vom 9. Juni 1945 nach Prag: „In Teplitz-Schönau wird die Aussiedlung der Deutschen systematisch von Haus zu Haus durchgeführt und sie werden mit Lastwagen nach Zinnwald gebracht, wo sie einer strengen Durchsuchung der Grenzwa­che unterzogen werden. Nach dieser Durchsuchung werden sie zu Fuß über die Grenze geschickt. Es geschieht oft, dass sich die Aussiedler um Hilfe an die örtliche russische Kommandantur wenden, in den meisten Fällen aber ohne Erfolg.“

Bericht der Tschechoslowakischen Armee, 2. Abteilung der Kommandantur VO1, in: Adrian von Arburg /Tomáš Staněk (Hg.), Dokumente aus tschechischen Archiven, Band II. 1.: Die Aussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen Grenzgebiets 1945–1951. Prag 2011

Geheimbericht des Staatssicherheitsdienstes (StB), Zweigstelle Teplitz-Schönau vom 24. Juli 1947 an



Protokoll der Untersuchung von 1947 über die Ereignisse in Welbeth/ Velvěty (Privatarchiv E. Vacek)

das Innenministerium in Prag über die Nachkriegsereignisse im Grenzgebiet: „Aufgrund des Erlasses, eine Untersuchung durchzuführen, melde ich, dass Anfang Juni 1945 auf Befehl der Garnison Teplitz-Schönau eine Abteilung von Soldaten in die Munitionsfabrik Welbeth (Velvěty) gesandt wurde. Ihnen haben sich ungefähr zwanzig Partisanen angeschlossen. Diese hatten die Aufgabe, das Munitionsdepot, das dort bestand, zu bewachen. Der Kommandant war ein gewisser Leutnant Černý, der aus Hnidous bei Slaný stammt. Leutnant Černý fuhr mit einer Gruppe von wahrscheinlich sechs Soldaten in die Dörfer der Umgebung und verhaftete SS-Männer und Nationalsozialisten, die er entweder nach Teplitz-Schönau übergab oder nach Welbeth, wo jedoch alle ihre Spuren verschwinden.“

Bisher wurde auf vertraulichem Wege und auf gänzlich unauffällige Art und Weise festgestellt, dass von Leutnant Černý ungefähr 80 Deutsche liquidiert und überwiegend direkt in der Munitionsfabrik in Welbeth ver-

schartt wurden. Die Handlungen von Leutnant Černý waren äußerst grob und diktatorisch, und alle Exekutionen wurden von ihm durchgeführt oder befohlen. Es muss bemerkt werden, dass Lt. Černý selten nüchtern war und in seinem Handeln und Auftreten in dieser Zeit nicht den kleinsten Widerstand duldete. (Als Zeugen für diese Taten werden namentlich ein ehemaliger Volksverwalter und seine Geliebte angeführt.) Am 12. Juli 1945 fuhr Major Sak in Begleitung mehrerer Offiziere nach Welbeth, um ihn auf Befehl des MNO (Verteidigungsministerium) zu verhaften. Bei dieser Gelegenheit hatte sich Lt. Černý erschossen.“

Archiv der Sicherheitsformationen des Innenministeriums der Tschechischen ABS-Ka, f. A 2/ 1, kart 57, i. j. 1765

Der Zeitzeuge Eduard Sties erinnert sich: „Vom Dorfplatz kam uns eine Gruppe Menschen entgegen, die von drei Männern mit Peitschen und Ochsenziemern angetrieben wurde. Wir konnten unbehelligt an dieser Gruppe vorbeifahren. Wir fuhren (mit Fahrrädern) so schnell wir konnten nach Hertine und Welbeth an der Biela entlang und an der Munitionsfabrik Welboth vorbei. Etwa zwanzig Meter von der Brücke entfernt, die über die Biela führt, sahen wir, wie jemand versuchte, die Böschung zur Straße hochzuklettern. Wir kamen näher und sahen, dass es ein ganz blutverschmierter Mann war, das Gesicht geschwollen und mit Blutergüssen. Wir stiegen von unseren Fahrrädern und zogen den Mann auf die Straße. Dort mussten wir ihm erst auf die Beine helfen. Von selbst konnte er das nicht mehr. Auf unsere Frage, was ihm geschehen sei, sagte er uns, er sei ein Bauer aus Sensemitz. Leutnant Černý und seine Leute hätten ihn abgeholt und in die Munitionsfabrik in Welbeth gebracht. Dort sei er unmenschlich geschlagen und gefoltert worden. Es gelang ihm aber zu flüchten. Er wollte nachhaus nach Sensemitz. Wir boten ihm an, ihn nach Hause zu bringen. Er sagte uns, wir sollten weiterfahren, denn Leutnant Černý würde uns umbringen, wenn er uns mit ihm zusammen sähe.“

Erlebnisbericht von Eduard Sties im Heimatbrief Teplitz-Schönau 2002 (Auszug)

Eine Zeitzeugin berichtet: „Ich, Unterfertigte Julia Käthe Tseng, geb. Patsch, geb. am 19. 4. 1897 in Teplitz-Schönau, wohnhaft in Teplitz-Schönau, Hamburger Straße 459/ 19, durch die Heirat mit meinem verstorbenen Mann Herrn Tseng Dean Yi chinesische Staatsbürgerin, gebe eidesstattlich Folgendes an: Am 9. Juni 1945 wurde ich nachmittags um 15 Uhr durch ein Mitglied des »Národní výbor« (Nationalausschuss) und zwei tschechische Partisanen verhaftet und es wurde mir angedroht, dass ich wegen Spionage erschossen werden soll. Der eine der Soldaten, ein angeblicher Korporal, untersuchte meine Handtasche, nahm mir daraus allen Schmuck und das Geld, außerdem nahm er mir von der Hand zwei Eheringe sowie die Ohrgehänge und ein Kettchen mit Kreuz vom Hals. Der Mann vom »Národní výbor« durchsuchte die ganze Wohnung. Der vorgenannte Korporal war dann nach ca. 14 Tagen der Besitzer des Hotels „Rathaus“ am Marktplatz. Ich wurde sodann mit einem Auto zum Hotel »Sachsen« in der Bahnhofstraße gebracht. Dortselbst wurde ich in ein Zimmer eingesperrt und nach ca. 3-4 Stunden wurde ich von einem Soldaten in das Polizeigefängnis am Marktplatz gebracht. Dort war bereits Frau Frank mit ihrer Tochter Lisbet aus Teplitz, Goetheplan, und ein junges Mädchen aus Auperschin anwesend. Wir mussten eine lange Zeit mit aufgehobenen Händen, mit dem Gesicht gegen die Wand, vollkommen still stehen. Jede geringste Bewegung bewirkte, dass wir mit einer Reitpeitsche geprügelt wurden. Uns prügelte ein Soldat, der später die Speditionsfirma Schuster und Nettel übernommen hat. Geprügelt wurden wir im Gefängnishof, danach mussten wir in den 1. Stock gehen, wobei wir von den Soldaten wieder geprügelt wurden ...“

Käthe Tseng, Bericht vom 25. 9. 1949, Dokument Nr. 322 (Auszug). In: Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen. Hg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen. München 1951

Befehl zur „Abschiebung der deutschen Bevölkerung über die Grenze“

vom Kommandanten des 1. Armeekorps für die Kommandantur der 1. und der 12. Division in Prag am 19. Juni 1945, Brigadegeneral František Slunečko (Auszug): „Der Kommandant des 2. Korps führt den Transfer der deutschen Bevölkerung aus dem Raum Reichenberg (Liberec), nach der Übereinkunft mit der Eisenbahnkommandantur in Königgrätz (Hradec Králove), in den Raum Teplitz-Schönau aus, von dort wird er weiter in Richtung Chemnitz geleitet. Die Begleitung der Transportzüge und die Abgabe der transportierten Personen an die sowjetischen Einheiten an der Grenze sichert der Kommandant des 2. Korps. Der Transfer aus dem Raum Tetschen (Dečín) und aus dem Raum Teplitz-Schönau wird auf meinen geheimen Befehl Nr. 34/ 1. Abt. 1945 durchgeführt. In diesem Erlass betont das Verteidigungsministerium, dass die Aussiedlung organisiert durchgeführt werden soll, unter Beteiligung der Landes-, Bezirks- und örtlichen Nationalausschüsse, so dass das Eigentum und lebende Inventar sichergestellt wird und ordentlich der tschechoslowakischen Bevölkerung übergeben werden kann ...“



Brigadegeneral František Slunečko
(Privatarchiv E. Vacek)

Militärisches Zentralarchiv VÚA-VHA, f. VO1, kart. 48/1

Reichenberg (Liberec)

Reichenberg war während der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei die Hauptstadt des Reichsgaues Sudetenland und erhielt später die offizielle Bezeichnung „Gauhauptstadt“. An der Spitze der Verwaltung des Territoriums stand der Reichsstatthalter Konrad Henlein. Die Dichte der Funktionäre der NSDAP und Hitlertruen war hier besonders groß. Es gab hier aber auch viele deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, also Antifaschisten, die dem tschechoslowakischen Staat treu ergeben gewesen waren. Dies führte zu spezifischen Konfliktsituationen, und die Atmosphäre während der Befreiung durch die Rote Armee, das nachfolgende tschechoslowakische Armeekorps und die Revolutionsgarden war sehr polarisiert.



Rathaus in Reichenberg, historische Ansichtskarte (Foto: Privatarhiv)



Eine Frau wartet vor den Rathaus in Reichenberg auf die Abschiebung (Foto: Staatliches Bezirksarchiv Reichenberg)

Der Augenzeuge Emil Breuer berichtete (Auszug): „Am 9. Mai 1945 zogen am Vormittag die Russen in Reichenberg ein. Gegen Mittag bombardierten russische Flieger die Stadt ohne jeden Anlass und griffen mit Bordwaffen die auf den Straßen dahinziehenden Flüchtlingskolonnen und sonstigen Passanten an. Russische Soldaten drangen in die Häuser ein und plünderten Geschäfte und Wohnungen. An den Plünderungen beteiligten sich besonders die inzwischen nach Reichenberg gekommenen Tschechen. Mit Lastautos fuhren sie nachts vor einzeln stehenden Villen vor, bedrohten die Bewohner mit Schußwaffen und schleppten fort, was ihnen wertvoll erschien. Gleichzeitig begann die tschechische RG (Revolutionsgarde) ihr unheilvolles Treiben. Auf der Straße, auf dem Wege zur und von der Arbeit, wurden die Deutschen angehalten, der Uhren und Schmucksachen beraubt, geprügelt und in Keller gesperrt, aber auch verschleppt. Ge-

legentlich zwang man sie, auch Schuhe und Strümpfe auszuziehen und barfuß zur Arbeit zu gehen. So wurden eines Tages gegen Ende Mai früh gegen 7 Uhr am Reichenberger Tuchplatz alle Passanten angehalten, aus der Straßenbahn herausgeholt, der Schuhe und Strümpfe beraubt und dann viele Männer an die Wand gestellt. Es gab zwei Tote. Die anderen verdankten ihr Leben dem Eingreifen eines russischen Obersten, der dieses „tschechische“ Verfahren einstellte ...“

Emil Breuer, Bericht vom Juli 1948 (Dokument Nr. 279). In: Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen. Hg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen. München 1951

Bericht des Staatssicherheitsdienstes (StB) in Reichenberg vom 1. August 1947 über die „Nachrevolutionsergebnisse“ von 1945, die Tätigkeit der Revolutionsgarden (RG) unter Führung von Pavel Hložek und der „polizeilichen Einheit“ von Rudolf Rokoš:

„In der Zeit um den 20. Mai 1945 kam nach Reichenberg die Gruppe der Revolutionsgarde aus Jung Bunzlau (Mladá Boleslav) unter der Führung des akademischen Malers Pavel Hložek. Diese wuchs von der anfänglichen Zahl von 25 Partisanenkämpfern auf 1.300 Personen. Hložek wurde zum Oberleutnant der RG ernannt und befehligte die Einheit in militärischer Manier. Es zeigte sich bald, dass es notwendig sein würde, eine eigene Abteilung für Hausdurchsuchungen und polizeiliche Maßnahmen wie Verhaftungen zu gründen. Infolge dessen gründete Hložek eine sogenannte „polizeiliche Einheit“, mit deren Führung er Rudolf Rokoš beauftragte und ihn zum Oberleutnant ernannte.“

Als charakteristisch für die Art des Auftretens bei Maßnahmen in der Öffentlichkeit ist die Aktion einer Gruppe der Revolutionsgarde am zweiten Tag nach ihrer Ankunft in Reichenberg anzuführen.

Es wurde eine Säuberung und Personenkontrolle auf dem am meisten frequentierten Marktplatz von Reichenberg durchgeführt, dem ehemaligen Tuchplatz, heute Klement-Gottwald-Platz. Hier kam es zu grundlosen Gewalttaten an Deutschen. Angeblich kam es in wenigen Fällen auch zu Erschießungen von Deutschen auf der Straße. Aufgrund des zeitlichen Abstandes kann man Einzelheiten dieser Maßnahmen nicht mehr feststellen. Dieser Fall, der unbegründet und grob durchgeführt wurde, erregte ungünstige Reaktionen in der tschechischen Öffentlichkeit. Das Vorgehen der RG wurde beendet mit dem direkten Einschreiten des örtlichen Kommandanten der sowjetischen Armee, Major Lykov, der persönlich erschienen sei und einen strikten Befehl gegen dieses Vorgehen erteilt habe.“
 ABS-Ka, f. A 2/1, kart. 56, i.j. 1765

Brief des deutschen Kommunisten Rudolf Weber aus Reichenberg an den Generalsekretär der KPČ Rudolf Slanský, über die Sicherheitszustände in der Stadt vom 1. Juni 1945 (Auszug): „Aus dem Innenministerium wurde die Revolutionsgarde unter dem Befehl von Dr. Rokoš (angeblich Mitglied der KPC) nach Reichenberg zu Zwecken der Säuberung des Gebietes von Reichenberg von faschistischen Feinden des Staates angeordnet. Dieser offizielle Repräsentant der bewaffneten Macht respektiert nicht die gesetzlichen Erlasse des Innenministeriums zum Schutze der früheren tschechoslowakischen Bürger, die aktiv auf der Seite des tschechischen Volkes gegen die Okkupanten Hitlers kämpften und deswegen jetzt unter dem Schutz des tschechischen Volkes stehen. Seine Losung ist »Alle Deutschen raus«. Offen deklariert er: »Wir pfeifen was auf den Befehl des Innenministeriums, die Macht sind wir selbst, niemand kann uns etwas befehlen, jeder Kommandant handelt auf eigene Faust und Rechnung«. Es werden eigenmächtige Hausdurchsuchungen durchgeführt, es wird geplündert, geraubt und vergewaltigt. Die Revolutionsgarden verkörpern nicht die Revolutionsordnung, sondern durch das Verhalten einzelner die Anarchie, was geduldet wird.“



Vorbereitung der Abschiebung der Deutschen vor dem Rathaus in Reichenberg (Staatliches Bezirksarchiv Reichenberg)

in: Adrian von Arburg /Tomáš Staněk (Hg.), Dokumente aus tschechischen Archiven, Band II. 1.: Die Aussiedlung der Deutschen und der Wandel des tschechischen Grenzgebiets 1945–1951. Prag 2011

Mord in der Ehrlichstraße Nr. 26 in Reichenberg. „In der Nacht vom 20. Juni 1945 wurde in der Ehrlichstraße Nr. 26 ein achtfacher Raubmord von unbekanntem Tätern begangen. Die Mörder müssen in einer größeren Gruppe gearbeitet haben. Mit einem elektrischen Kabel erwürgten sie Frau Marie Kaiser (geb. *1913), Marie Streubel (*1914) und ihre kleinen Töchter Hannelore (*1943), Ingrid (*1939) und Jana (*1940), Frau Emilie Meissner (*1872), Frau Elisabeth Rotter (*1923) sowie Emilie Rotter (*1896), die Ehefrau von Ing. Rotter, die mit einem Hackenschlag am Kopf erschlagen wurde. Kurze Zeit vorher wurde Ing. Rotter von unbekanntem Tätern aus der Wohnung entführt.

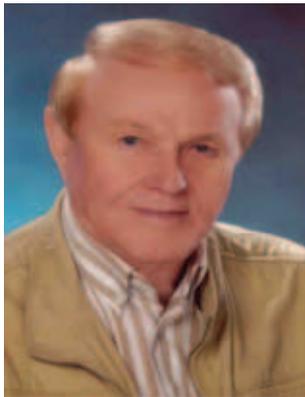


Bewachung der Deutschen während der Abschiebung in der Albrechtstraße (Zbrojovská) in Reichenberg (Foto: Staatliches Bezirksarchiv Reichenberg)

Die damaligen Untersuchungen der Kriminalabteilung führten zu keinen Ergebnissen über die Täter. Heute, mit einigem zeitlichem Abstand und neuen Erkenntnissen, scheint der begründete Verdacht wahrscheinlich, dass diese Mörder in den Reihen der Revolutionseinheiten zu suchen sind; insbesondere in der polizeilichen Abteilung der RG aus Reichenberg, die von Rokoš befehligt wurde. Nach Zeugenaussagen war Ing. Rotter in der Gruppe von 17 Deutschen, die bei Untersuchungen von der Abteilung Rokoš im Juni 1945 der Kampfgruppe »Skuteč« zum Zweck der Liquidation übergeben und in der Nähe des Erholungshauses »Smědava« hingerichtet wurden. Bei der Exhumierung der Hingerichteten konnte aber die Identität von Ing. Rotter nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Aufgrund dieser negativen Ergebnisse der Untersuchung ist der Fall aus der Sicht der hiesigen Kriminalabteilung nicht mehr behandelt worden.“

Bericht des Staatssicherheitsdienstes (StB) in Reichenberg vom 1. August 1947, ABS-Ka, f. A 2/ 1, kart. 56, i. j. 1765

Podersam (Podbořany)



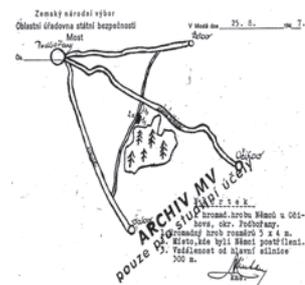
Josef Hasenöhrl, geboren in 1928
Podersam

Der Zeitzeuge Josef Hasenöhrl erinnert sich: „Am 7. Juni 1945 bin ich an einem schönen sonnigen Nachmittag aus der Bäckerei Nekvinda gekommen, wo ich Brot kaufte. Auf der Otschehauer Straße gingen 68 Podersamer Bürger vorbei, die im Gefängnis inhaftiert waren und in Richtung Otschehau marschierten. Bewaffnete Wächter in Afrika-Uniformen, vielleicht zwölf an der Zahl, gingen neben ihnen. Am Ende erkannte ich den beinamputierten Trafikanten Fritz Schuma, auf seinen zwei Krücken von Freunden getragen. Der zweite Fußamputierte war Rudolf Stocklasa, ebenfalls von zweien getragen. Als ich es meiner Mutter zuhause erzählte, meinte sie, die Armen werden halt in den Wald arbeiten gehen müssen. Doch schon am nächsten Tag erfuhren wir, dass alle, bis auf einen, der geflüchtet ist, beim Elementen Wald niedergemetzelt worden sind. Abends holte Karel Srp Otschehauer Bürger mit Schaufeln und Leiterwagen und befahl ihnen, die Toten ausziehen und in zwei Massengräbern beerdigen.“

Ich habe mit diesen Otschehauer Bürgern nach 30 Jahren das Geschehene niedergeschrieben, und sie wussten noch ganz genau, wer in welchem Grab liegt und wie er geschichtet worden ist. Die meisten hatten zertrümmerte Köpfe mit herausgelaufenem Gehirn.“

Zeitzeugenaussage vom Mai 2009 in Frankfurt am Main 2009

Massenhinrichtung bei Otschehau (Očihov) – geheimer Untersuchungsbericht des Staatssicherheitsdienstes Brüx vom den 25. August 1947 (Auszug): „Im Mai 1945 wurden in Podersam und Umgebung Personen deutscher Nationalität sichergestellt, vornehmlich Angehörige der SS und SA sowie Funktionäre der NSDAP. Diese Personen kamen ins Podersamer Gefängnis sowie ins errichtete gesicherte Lager, dortselbst ohne irgendwelche Verzeichnisse und Belege, da die Durchführung, ohne Beisein von staatlichen Sicherheitsorganen, nur von laienhaften Elementen organisiert worden ist. Ende Mai 1945 kamen in das Lager Angehörige der sowjetischen Armee, angeführt von einem Offizier, welche nach einer nicht ermittelten Vorgehensweise 70 Deutsche, meistens Angehörige der SS, auswählten und angaben, dass sie diese wegbringen, um sie nach Russland zur Arbeit zu schicken. Die Deutschen wurden dann in Richtung



Skizze des Massengraves in Otschihov (Očihov),
Archiv der Sicherheitsformationen des Innenministeriums der Tschechischen Republik, Außenstelle Kanice bei Brünn



Beerdigung von Deutschen in Podersam vor der Porzellanfabrik im Juni 1945
(Foto: Privatarchiv Josef Hasenöhrl)

Otschehau geführt, und nach örtlichen Gerüchten wurden sie beim Wald, an der rechten Seite der Straße Podersam-Otschehau, am Feldweg zirka 150 m vom Wald entfernt, auf dem Feld und zur rechten Seite des Feldweges erschossen und auf dem Feld zur linken Seite des Feldweges in einer Grube der Größe 5 x 4 m vergraben. Zeugen dieses Falles konnten nicht ermittelt werden.“

Untersuchungsbericht des Landesgebietsamtes der Staatssicherheit Brüx 25. August 1947, Archiv des Innenministeriums Prag, Abteilung VII

Rache an der Familie Hertl – aus den Akten des Staatssicherheitsdienstes Brůx vom 25. August 1947:

„Anfang Juli 1945 zog František Zelenka im Rahmen der Aktion Besiedlung nach Rudig (Vroutek), Kreis Podersam, und ihm wurde, mit Genehmigung des Bezirksnationalausschusses in Podersam, die Werkstatt des Deutschen Adolf Traugott zugeteilt. Traugotts Schwiegervater Vinzenz Hertl wollte einerseits die Werkstatt für den Schwiegersohn retten, und wollte andererseits nicht zulassen, dass sie von einem Tschechen übernommen wird. Daher griff er den nationalen Verwalter Zelenka am 19. Juni 1945, zirka um 9.30 Uhr auf der Hauptstraße in Rudig an und stach ihn mit dem Schusterkneif so schwer, dass Zelenka nach einigen Minuten starb. Nach dem begangenen Mord floh Hertl mit Ehefrau und Tochter in sein Haus und ließ Zelenka auf der Straße liegen.

Der Fall wurde untersucht von Oberwachtmeister Emil Maudr und Wachtmeister Josef Podhrazsky von der früheren Polizeistation in Rudig, zusammen mit fünf Mitgliedern der Partisanengruppe Schwarzer Löwe. Nach der telefonischen Meldung trafen am Ort ein: Bezirkspolizeikommandant Pilkest und der polizeiliche Bereitschaftsdienst, Amtsleiter der politischen Verwaltung in Podersam Dr. Krasa, derzeit zugeteilt dem Bezirksnationalausschuss in Luditz, der Bezirksrichter Dr. Jezek aus Podersam und als Amtsarzt Dr. Walter Zimmermann aus Podersam. Nach erfolgtem Sezieren des Getöteten und ordentlicher Untersuchung des Vorfalles, als mit Sicherheit festgestellt wurde, dass die Tat aus Hass gegen Tschechen begangen worden war, und weil es notwendig war, durch eine mit beispielhafte Bestrafung der Schuldigen weitere Angriffe auf Tschechen zu verhindern, damit die Besiedlung mit Erfolg durchgeführt werden konnte, befahl Dr. Krasa, damals noch in der Funktion als Bezirkshauptmann, das sofortige Erschießen des Mörders Vinzenz Hertl, seiner Frau Marie Hertl, Tochter Gabriele Polak und den Kindern Manfred Polak, 12 Jahre alt, Ferdinand Polak, 6 Jahre alt, und Bernhard Polak, 1 Jahr alt.

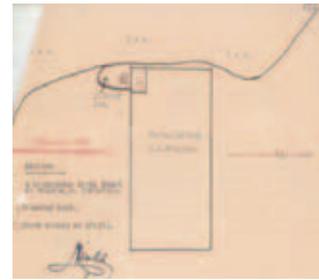
Die Hinrichtung durch Erschießen führten nicht ermittelte Mitglieder der Gruppe Schwarzer Löwe in der Sandgrube durch, an einer Stelle bei der alten Kabine des Fußball-Clubs Rudig, im Wald hinter der Gemeinde. In der Mitte der Sandgrube wurde ein Massengrab ausgehoben, in das die Getöteten gelegt wurden. Zeugenaussagen haben ergeben, dass der Kommandant der SNB-Station (Korps der Nationalen Sicherheit) in Rudig, Hauptwachtmeister Emil Maudr, und der Amtsleiter des Bezirks(national)ausschusses in Luditz, JUDr. Krasa, diese Tat als gerechte Vergeltung ohne habsüchtige Gründe begangen haben.“

Akten Landesnationalausschuss des Gebietsamtes des Staatssicherheitsdienstes Brůx vom 25. August, Archiv der Sicherheitsinformationen des Innenministeriums Prag, Abteilung VII. AMV ČR- KA, f. A 2/1, kart. 56-58, inv. č.j. 1765



Deutsche Zwangsarbeiter auf der Rüdigerstraße in Podersam mit Bewachung (Privatarchiv J. Hasenöhrli)

Was uns eine alte Fotografie erzählt: Die nebenstehende Aufnahme entstand im Mai 1945 in Podersam auf der Rüdigerstraße. Im Hintergrund ist der Limonadenbetrieb Köttig zu sehen. Sie zeigt eine Gruppe von etwa fünfzig jungen Burschen und älteren Männern aus Podersam auf dem Rückweg von der Zwangsarbeit in das Lager „Porzellanfabrik“. Deutlich sind bei einigen die weißen Armbinden zu sehen, die alle Deutschen tragen mussten. Die vier mit Gewehren und Maschinenpistolen bewaffneten Männer im Vordergrund sind Revolutionsgardisten. Sie tragen zum Teil Uniformen des Deutschen Afrikakorps. Das Foto wurde von dem fünften Bewacher aufgenommen.



Skizze des Massengrabes der Familie Hertl in Rudig (Vroutek), Archiv der Sicherheitsformationen des Innenministeriums der Tschechischen Republik, Außenstelle Kanice bei Brůnn

Die Neubesiedlung von Nordböhmen

„Das Grenzgebiet ist die Vorhut zum Sozialismus“, lautete auf parteiinternen Kaderversammlung der tschechischen Kommunisten die zu vernehmende Losung. Sie stammte sozusagen von den Anführern der „Vorhut“ selbst, nämlich von dem Vorsteher der Planungsabteilung des zentralen Siedlungsamtes für die böhmischen Länder, Karel Janů, und von seinem damals gerade erst 31-jährigen Chef, Miroslav Kreysa.



Miroslav Kreysa (Foto: Nationalarchiv Prag)

Soweit bekannt, verfügten bei Kriegsende unter den zugelassenen vier tschechischen Parteien allein die Kommunisten über relativ schlüssige Vorstellungen, nach welchen Gesichtspunkten die zur Aussiedlung der Deutschen parallel verlaufende „Landnahme“ in den Grenzgebieten verlaufen sollte. Entsprechende Planungen waren sowohl im Moskauer Exil als auch im einheimischen Widerstand unternommen worden. Im zweiten Fall beteiligten sich daran auch linksgerichtete Nicht-Kommunisten. Am weitesten fortgeschritten waren Anfang Mai 1945 die Pläne über die Bodenreform, die in ihrer ersten Phase faktisch auf die Konfiskation des deutschen Grundbesitzes und dessen Übertragung an die Neusiedler und den Staat hinauslief.



„Kommt mit uns das Grenzgebiet aufbauen“, Propagandaplakat von 1946 (Foto: Privatarhiv Gröger)

Spätestens seit dem 11. Juli 1945 wirkte – zuerst noch als Unterausschuss der Nationalökonomischen Kommission – beim ZK der KSČ eine eigene „Besiedlungskommission“ (Osídlovací komise, OK, auch „Kommission für Besiedlungsfragen“ genannt). Bis zu ihrer Auflösung im Januar 1949 stand die Kommission unter der Leitung von Stabskapitän Bedřich Steiner, einem Angehörigen der Svoboda-Armee. Der um nur zwei Jahre als Kreysa ältere Steiner (Jahrgang 1913) galt zwar formal lediglich als Sekretär der ZK-Abteilung, in der Parteizentrale war er aber in Wirklichkeit der im Bereich der Siedlungs- und Deutschenpolitik tonangebende Mann.

Frühzeitig und mit großem Elan machen sich Gottwalds Genossen an die Arbeit, die mit ihrer kommunistischen Führungsschicht zu jener Zeit gewiss zu den taktisch am meisten begabten in Europa gehörten, nicht nur in organisatorischer, sondern auch in programmatischer Hinsicht. Wie die ZK-Besiedlungskommission Ende Februar 1946 rückblickend feststellen konnte, wurden sämtliche Vorlagen der Kommunisten vom Ausschuss erarbeitet und der Regierung zur Verabschiedung übergeben. Noch aussagekräftiger für den fehlenden Initiativgeist der nicht-kommunistischen Parteien mag aber sein, dass diese selbst – zumindest bis Ende Februar 1946, als die Leitlinien der Siedlungspolitik allerdings schon feststanden – angeblich keinen einzigen selbstständigen Vorschlag im Siedlungsbereich eingereicht hatten.

Das Grenzgebiet wurde zur Domäne der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten besaßen im Bereich der Siedlungspolitik und der Verwaltung des konfiszierten Vermögens verdientermaßen eine Hegemonialstellung, was zu großen Teilen ihrem unermüdlichen Initiativgeist und ihrem feinen Gespür für die wirklichen tagesaktuellen Bedürfnisse der dominierenden „Neusiedlerschicht“ zu verdanken war. Auf den Punkt brachte das kommunistische Selbstverständnis des Grenzgebiets ein für Referate im Terrain gedachter Kurzslogan: „Kalifornien, nicht Klondike!“ (In der Gegend des Klondike-Flusses im Nordosten Kanadas – Yukon Territory – lösten im Jahre 1897 Goldfunde einen sprichwörtlichen „Goldrausch“ unter den vielen herbeigeeilten Goldgräbern aus).

Informationsminister und KSČ-Chefideologe Václav Kopecký Anfang August 1946 die erste, allein den neuen Realitäten in den Sudetengebieten gewidmete Ausstellung in Reichenberg (Liberec) eröffnete, ging er davon aus, dass die Ausstellung zeigen solle, „wie die tschechischen Hände imstande sind, aus dem Grenzgebiet ein Paradiesgebiet zu machen“.



Die besten Wünsche bei der Schaffung eines neuen Zuhauses“, Zeichnung von Josef Lada, herausgegeben vom Siedlungsamt und Fond der nationalen Erneuerung 1949 (Foto: Privatarchiv)

Miroslav Kreysa schob nach dem „Siegreichen Februar“ die Kolonie-Ab-sichten, die am Anfang auch aus den Reihen seiner eigenen Partei zu hören waren, der inzwischen politisch kaltgestellten „Reaktion“, sprich den Nationalen Sozialisten und Volksparteilern, in die Schuhe. Die volksdemo-kratische Siedlungspolitik unterscheide sich gerade darin von der Koloni-alpolitik imperialistischer Staaten, dass man hier nicht den tschechischen Magnaten ermögliche, „die Rolle der früheren deutschen Kapitalisten“ zu übernehmen. „Wir sind deshalb in das Grenzgebiet gegangen, um die Deutschen zu beseitigen und mit ihnen das ganze Ausbeutungssystem in diesem Gebiet.“ Auf den Punkt brachte das Selbstverständnis der kom-munistischen Grenzgebiets-Politik ein internes Programmpapier der ZK-Besiedlungskommission aus der zweiten Jahreshälfte 1946: „Wir bilden eine neue Struktur, was für uns Marxisten bedeutet, dass wir die Voraussetzungen des zukünftigen politischen, sozialen und kulturellen Überbaus schaffen.“

Da die Aussprache der Konfiskation ein reiner Verwaltungsakt der Natio-nalausschüsse (Verwaltungskommissionen) war und keiner vorhergehenden gerichtlichen Prüfung bedurfte, verfügten die „Volksorgane“ über einen sehr breiten Handlungsspielraum. Praktisch unbeschränkt war dieser im Fall des bislang deutschen Besitzes, da deren Eigentümer infolge der Aussiedlung nach Deutschland faktisch über keine echte Berufungsmöglichkeit verfügten.

Die Logik war denkbar simpel: „Wir verteilen Besitz unter den breiten Massen des Volkes und wir müssen daher genauestens die politische Nutz-barmachung dieser Besitzverteilung durchdenken, damit sich die neuen Besitzerwerber unzweifelhaft verpflichtet fühlen und vor allem unserer Partei dankbar sind, dass ihnen Besitz zuteil wird.“ „Das Grenzgebiet ist eine große Reserve, eine formbare Masse, die zum Modellieren bereit steht“, fasste im Jahr 1945 der Visionär Miroslav Kreysa seine Beziehung zu dem von ihm über fünf Jahre lang wesentlich mitgeformten Territorium der böhmischen Länder zusammen. Aus heutiger Sicht wurde das Grenzgebiet indes zu einem Vorreiter im eher negativen Sinne – als Gebiet, das geprägt wurde von totalitären Herrschaftspraktiken, der Uniformierung von gesell-schaftlichen Strukturen und nicht zuletzt einer rücksichtslosen Einstellung gegenüber der Umwelt und den Kulturgütern.



Zeitung OB Janessen (Jenišov) aus den fünfziger Jahren (Foto: Privatarchiv)

Nach: Adrian von Arburg Ph.D.: „Das Grenzgebiet als New Frontier? Kommunistische Struk-turpolitik zwischen Aufbruch und Abbruch“ (Manuskript)



Kommunisten fahren in das Grenzland (Geschichte der Tschechoslowakei, Lehrbuch Orbis Praha 1962)

Begleitveröffentlichung zur Ausstellung des Förderverein der Stadt Saaz/ Žatec e. V., in Zusammenarbeit mit der Föderation der unabhängigen Schriftsteller Prag und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte,

Die "Wilde Vertreibung" der Deutschen in Nordböhmen 1945
Vom 2. Bis 23. März im Foyer des Bürgerhauses Tituscorso,
Nordweststadt, Frankfurt am Main

Kurator: Otokar Löbl

Redaktion: Dr. Andreas Kalckhoff

Mitarbeit: Adrian von Arburg Ph.D., Dr. Andreas Kalckhoff

Druck: Skript & Copy Frankfurt am Main

1. Auflage März 2012

Copyright © 2012 Förderverein der Stadt Saaz/ Žatec e. V.

Weitere Informationen per Email otokar.loebl@t-online.de
oder Telefon 069-7892817